

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Spaßdruck: Tagesblatt Kiefa.
Grenzstr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Kiefa, des Finanzamts Kiefa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postsekonto: Dresden 1589
Grenzstr. Kiefa Nr. 52.

Nr. 190.

Donnerstag, 16. August 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 16. bis 31. August 450000.— Mark einseitig. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundstifts-Zeile (6 Silben) 20000.— Mark; zeitweiser und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Gemäßigter Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Kiefa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Kiefa. Geschäftsstelle: Marktstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. B. Ferdinand Teichgräber, Kiefa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Kiefa.

Mittwoch, den 20. August 1923, vormittags 9 Uhr
wird im Sitzungssaal der unterzeichneten Amtshauptmannschaft

Öffentliche Bezirksausschreibung

abgehalten.

Großenhain, am 15. August 1923.

Amtshauptmannschaft.

Schuttabladeplätze.

Unter Aufhebung unserer früheren Bekanntmachungen bestimmen wir hiermit, daß für die Benutzung der Schuttabladeplätze bei der Firma Rosbach an der Lommascher Straße und bei Herrn Guttschlag E. Sieger in Woppitz von jetzt ab folgende Gebühren zu entrichten sind:

5000.— M. für eine Weispännerhufe,
3000.— M. für eine Einspännerhufe,
1000.— M. für einen Handwagen.

Die Karten hierzu sind auch weiter in der Stadtkasse zu entnehmen. Für diejenigen, die einen weiteren Weg nicht scheuen, ist überdies gegen mäßigeren Gebühren Gelegenheit zum Abladen von Schutt und Äsche in der Biegelei Woppitz geboten. Karten werden hierfür nicht ausgeben. Die Gebühren sind an Ort und Stelle zu bezahlen. Der Rat der Stadt Kiefa, am 15. August 1923.

Bekanntmachung.

Die Entwendung von Feldfrüchten von Getreide- und Kartoffelfeldern hat in den letzten Tagen immer mehr zugenommen. Wir machen darauf aufmerksam, daß dadurch und durch die dabei gewöhnlich eintretende Verwüstung von Lebensmitteln die allgemeine Versorgung der Bevölkerung außerordentlich gefährdet wird. Wir sehen uns gezwungen, unsere Volkspolizei anzuweisen, scharf gegen diese Verbrechen einzugreifen. Gröba (Elbe), am 15. August 1923. Der Gemeindevorstand.

Gewerbesteuer 1923 in Gröba.

Für die Veranlagung zur Gewerbesteuer auf das Rechnungsjahr 1923 werden alle Gewerbeunternehmer, die im Gemeindebezirk Gröba ein Gewerbe betreiben, aufgefordert, bis zum 31. August 1923

der Steuerkasse schriftlich anzugeben, welchen Betrag sie an Gehältern und Löhnen in ihrem Gewerbebetriebe im Kalenderjahre 1922 oder bei besonderen, vom Kalenderjahre abweichenden Betriebsjahren in dem im Kalenderjahre 1922 endenden Betriebsjahre verausgabt haben. Als Gehalt oder Lohn gelten auch Tantiemen, Gratifikationen, Provisionen, Naturalbezüge sowie alle sonstigen mit Rücksicht auf ein Arbeitsverhältnis gewährten Vergütungen und Gegenleistungen. Die Angaben sind getrennt nach den in bar gewährten Vergütungen und den Naturalleistungen zu machen. Für die Naturalleistungen ist außerdem die Zahl der Empfänger und die Art und Menge der Leistungen anzugeben. Als in dem für die Veranlagung maßgebenden Betriebsjahre gezahlt gelten auch die Tantiemen und sonstigen Vergütungen, die erst nach Ablauf dieses Betriebsjahres worden sind. In allen Fällen die Hochbeträge, also nicht die nach Kürzung der Steuerabzugs- und Verrechnungsbeträge verbleibenden Beträge der Gehälter und Löhne.

Gegen die geforderten Angaben nicht oder nicht festgemacht ein, so kann nach § 21 Absatz 3 des Gewerbesteuergesetzes ein Zuschlag bis zu 10 vom Hundert der endgültig festgesetzten Gewerbesteuer auferlegt werden. Außerdem haben die Steuerpflichtigen zu gemäßen, daß die Summe der von ihnen gezahlten Gehälter und Löhne (Schätzungswert) veranlagt wird.

Gleichzeitig bringen wir noch in Erinnerung, wer mit der Abgabe seiner Steuererklärung im Rückstand ist, dieses nunmehr bis zu dem oben angegebenen Termin nachzubohlen. Gröba (Elbe), am 15. August 1923. Der Gemeindevorstand.

Vertikales und Sächsisches.

Kiefa, den 16. August 1923.

— Bargeschuld bei der Post. Die Nachrichtstelle der Oberpostdirektion teilt mit: Die allgemein eingetretene große Bargeschuld macht sich naturgemäß in erheblichem Maße auch bei der Post und besonders beim Geldaufbewahren und bei den Schalterstellen bemerkbar. Die Postanstalten sind trotz eifriger Bemühungen leider nicht immer in der Lage, das zur Auszahlung von Barbeträgen nötige Geld rechtzeitig heranzuschaffen. Zur Umänderung dieser Sachverhältnisse hat die Oberpostdirektion Dresden für kurze Zeit ausgesetzt, daß das von den Gemeinden usw. ausgegebene Notgeld auch bei den Postanstalten am Orte und in der Umgebung als gültiges Zahlungsmittel angenommen und natürlich auch bei den Zahlungen wieder mit verwendet wird. Es ist zu hoffen, daß dadurch die Zahlungsmittelknappheit etwas behoben werden wird. Namentlich im Schalter- und Geldaufbewahren wird sich die Zulassung des Notgeldes gänzlich bemerkbar machen. Jedoch die um ihren schweren Dienst nicht gerade zu beneidenden Schalterbeamten und Geldbewahrer, die jetzt leider vielfach mit ungerechten Vorwürfen überhäuft werden, bald wieder das Publikum werden voll befriedigen können.

— Erhöhung der Abgabe von der Lohnsteuer. Der Steueraussschuß des Reichstags beriet gestern über einen Antrag auf Erhöhung der sozialen Abgabe bei der Einkommensteuer entsprechend der Geldentwertung, und zwar für den Steuerzahler und seine Ehefrau monatlich 120000 Mark, für jedes Kind monatlich 1,3 Million Mark, für die Werbungskosten 1,2 Million Mark. Das bedeutet für den Steuerzahler und seine Ehefrau eine Veranschlagung, für Kinder und Werbungskosten mehr als eine Veranschlagung. Seitens der Regierung wurde eine Veranschlagung für ausreichend gehalten. Eine Beschlußfassung erfolgte noch nicht. Sie ist erst am Freitag nächster Woche zu erwarten.

— Die Wohnungsbaubauabgabe. Der Reichstagsausschuß für das Wohnungswesen beschloß, daß die Wohnungsbaubauabgabe vom 1. Juli d. J. bis 31. Dezember 1924 450000 Prozent des Nutzungswertes betragen soll.

— Arbeitsmarktüberblick vom 5. bis 11. Aug. 1923. Die allgemeine Arbeitsmarktlage war auch in dieser Berichtswoche durch das weitere Sinken der Mark, des teilweise eintretenden Mangels an Rohstoffen sowie die im Kohlenbergbau ausgebrochenen Tarifstreiks ungünstig beeinflusst. Das Angebot offener Stellen hat nachgelassen. In verschiedenen Betrieben ist bereits zur Kurzarbeit übergegangen worden. Holle Arbeit leisten zwar noch die feintextile Industrie, die Zigaretten- und die Papierindustrie, doch sind auch diese Industrien nicht mehr aufnahmefähig für Arbeitsuchende. Nur in der Landwirtschaft besteht weitere Nachfrage nach gelehrten jungen Büchsen und nach Mägden. Gesucht bleiben auch weiterhin Hausangestellte.

— Zur Zwangsrentenfestsetzung von Präsident Dr. Böhmte und Landesbischof D. Jähnle erfahren wir von zuständiger Stelle folgendes: Zwischen der sächsischen Staatsregierung und der evangelisch-lutherischen Landeskirche ist eine Meinungsverschiedenheit darüber entstanden, ob und inwieweit die Vorschriften des sächsischen Altersgrenzengesetzes vom 29. Mai dieses Jahres auf die ordentlichen Mitglieder des Evangelisch-lutherischen Landeskonfessionsrats anzuwenden sind. Während die Staatsregierung auf Grund dieses Gesetzes sich für die ohne weiteres eintretende Pensionierung des letzten Präsidenten und Vizepräsidenten des Landeskonfessionsrats ausgesprochen hat, hat das Evangelisch-lutherische Landeskonfessionsrat gegen diese seines Erachtens rechtsirrtümliche und mit der Reichsverfassung und dem sächsischen Konfessionsgesetz nicht zu vereinbarende Auffassung Widerspruch erhoben und die Entscheidung der Reichsbehörden, eventuell des Reichsgerichts, angefordert. Das Reichsministerium des Innern hat sich deshalb bereits mit der sächsischen Staatsregierung in dieser Frage ins Vernehmen gesetzt. Das Kirchenregimentkollegium hat sich für das Weiterarbeiten der beiden Präsidenten in ihren

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 2706750 Mk.

Vernachlässigung, ohne Gewähr.

fürstlichen Räten bis zur Entscheidung des zuständigen Reichsgerichtshofs entscheiden.

Die sächsischen Feuerungsabgaben im Juli, errechnet vom Statistischen Landesamt, sind, im Gegensatz zu den Biffen vom Juni, fast auf das 4½fache gestiegen. Es ergeben sich folgende Durchschnittszahlen: Ernährung 2263225 (Juni 495818) Mark, Heizung und Beleuchtung 221682 (64090) Mark, Wohnung 11192 (5502) Mark, zusammen 2496019 (565350) Mark. Danach liegen die von der Statistik erfassten Lebenshaltungskosten einer fünfköpfigen Familie in vier Wochen (Zeitraum: Juli) um 341,5 Prozent. Das ergibt umgerechnet eine Inzessionszahl von 27489 im Juli gegen 6226 im Juni. Einseitig sich Verteuerung ergibt sich sogar eine Verteuerung auf das 29,629fache (Juni 8840fache). Im einzelnen belief sich die Steigerung für Ernährung allein auf das 38,295fache (8389), für Heizung und Beleuchtung auf das 31,666fache (9147), für Wohnung auf das 451fache (223) und für Bekleidung auf das 42,495fache (10330).

— Protest des Sächsischen Bauernverbandes. Der in Mittweida tagende Sächsische Bauernverband faßte folgende einstimmig angenommene Entschliessung: „Die in Mittweida verammelten Vertreter des gesamten sächsischen Bauernverbandes erheben gegen die bisherige Bierpreispolitik der Brauereien scharfen Protest. Sie verurteilen mit der Gesamtheit des biertrinkenden Publikums die in einem Atem erfolgte Bierpreissteigerung. Das Bier wird aus Inlandsereignissen gewonnen, und es hat aus diesem Grunde keine Berechtigung, derartig hohe Preise zu nehmen, wie sie jetzt von den Brauereien gefordert werden. Wenn die Höhe der Soziallast der Brauereien zu diesen Preisforderungen Veranlassung gibt, dann hätten sie die Pflicht, in Gemeinschaft mit den Gastwirten und dem biertrinkenden Publikum bei der Regierung um Verbilligung vorstellig zu werden. Da die Brauereien nicht das geringste in dieser Beziehung getan haben, müssen sie die Verantwortung und die Folgen ihrer Preispolitik auf sich nehmen. Die Verammelten fordern weiter, daß zur Bierpreisregelung im Hinblick auf gleichmäßiger Mindestpreis nach dem Inhaber festgesetzt wird und daß die Brauereien verpflichtet werden, denjenigen, die die festgesetzten Ausschankpreise nicht einhalten, kein Bier mehr zu liefern. Sollten sich einzelne Brauereien weigern, diesem berechtigten Wunsch, der nur aus Selbsthaltunginteresse entspringt, Rechnung zu tragen, so verpflichten sich die Anwesenden, dafür Sorge zu tun, daß der Bierbezug von solchen Brauereien auf der ganzen Linie eingestellt wird. Ferner soll der Versuch angestrebt werden, daß das Pfaffenbier nur an konfessionelle Gastwirte zum Verkauf überlassen wird.“

— Geldstrafen und Geldentwertung. Die Vorschriften des Gesetzes zur Erweiterung des Anwendungsgebietes der Geldstrafe und zur Einschränkung der kurzen Freiheitsstrafen vom 21. Dezember 1921 geben auch weiterhin für die vor dem 1. Mai 1923 verübten Straftaten den Gerichten die Möglichkeit, bei Bemessung aller Geldstrafen in weitem Umfang der Geldentwertung Rechnung zu tragen. In noch erhöhtem Maße ist dies nach dem Geldstrafengesetz vom 27. April 1923 der Fall, das mit dem 1. Mai 1923 in Kraft getreten und auf die seit diesem Tage begangenen Straftaten anzuwenden ist, unter Umständen auch (vergl. Art. 9 Abs. 4 dieses Gesetzes) auf frühere Fälle Anwendung finden kann. Wie das Justizministerium wahrgenommen hat, werden jedoch von den Gerichten noch immer Geldstrafen festgesetzt, die bei ihrer Verhängung in keinem richtigen Verhältnis zur Schwere der Tat, ja nicht einmal zu den durch das Verfahren erwachsenen Kosten stehen und daher von der Bevölkerung nicht verstanden werden, auch erscheinen sie dem Ansehen der Gerichte wie der Bedeutung der Gesetze abträglich. Ganz besonders hat sich dies in Straftaten wegen Arbeitszeitverletzung, Nahrungsmittelverfälschung, Preistreiberi, Schleichhandel, verbotener Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände und wegen Verletzungen gegen die Bestimmungen der Lebensmittelwirtschaftsordnung gezeigt. Das

Justizministerium hat darum in einer Verordnung vom 2. Juni d. J. über die Bemessung der Geldstrafen darauf hingewiesen, daß es Aufgabe der Staatsanwaltschaft sei, durch entsprechende Anträge darauf hinzuwirken, daß die Gerichte weit mehr als bisher bei Bemessung von Geldstrafen die eingetretene Geldentwertung berücksichtigen. Ist gegen einen auf Geldstrafe lautenden Strafbefehl Einspruch erhoben worden, so wird in der daraufhin abzuhaltenden Hauptverhandlung dafür einzutreten sein, daß die seit Erlass des Strafbefehls etwa erfolgte weitere Geldentwertung bei der Straffestsetzung im Urteil in Rechnung gezogen wird. Das gleiche gilt für polizeiliche Strafverfügungen oder bei Strafverfügungen von Verwaltungsbehörden, falls dagegen gerichtliche Entscheidung beantragt ist. Auch hat sich die Staatsanwaltschaft in allen Fällen, in denen gegen ein auf Geldstrafe lautendes Urteil durch den Verurteilten Berufung eingelegt wird, diesem Rechtsmittel anzuschließen. Die Verordnung des Justizministeriums begegnet also wiekmal allen Versuchen, die Strafvollstreckung zu verschleppen und durch die fortschreitende Geldentwertung die Wirkung der Strafe abzuwachen. Auch bei Bemessung einer Geldstrafe und bei Festsetzung von Teilzahlungen ist Verbilligungsversuchen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

— Die sächsische Sozialdemokratie gegen die große Koalition. Der Dresdner „Volkswacht“, „Vollstreckung“ zufolge wurde in Dresden in einer gemeinsamen Sitzung des engeren Bezirksvorstandes mit Vertretern der Unterbezirke Ostschlens der SED, nach eingehender Aussprache mit 11 gegen 2 Stimmen eine Entschliessung gefaßt, in der gegen die große Koalition Stellung genommen wird und der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, in das Kabinett einzutreten, als der demnach unglücklich bezeichnet wird. Es wird die unersättliche Einberufung einer Reichskonferenz verlangt. Mit derselben Mehrheit wurde eine Entschliessung gefaßt, die die Dresdner Vertreter im Parteiausschuß verpflichtet, die Einberufung eines Parteitages oder einer Reichskonferenz zu beantragen und zu diesem Zweck mit den anderen Bezirksorganisationen der Partei in Verbindung zu treten.

— Militärische Übungen. Am 17. und 18. ds. Mts. finden Fahrübungen der Kraftfahr-Abteilung 4 zwischen Königsbrunn und Stremberg statt; ihnen folgt am 20. und 21. August eine Fahr- und Geländeübung der Kraftfahrabteilung 4 und eines Bataillons des Infanterieregiments 10 zwischen Königsbrunn, Bautzen und Zeitzschwalde.

— Beschlagnahme von Baumaterialien. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten Zeit haben erneut zu einer außerordentlichen Preissteigerung für alle Baustoffe und in deren Verfolge zu einer völligen Unsicherheit der Preisbildung geführt. Das bringt die Gefahr mit sich, daß in Einzelfällen für Baustoffe Preise gefordert werden, die auch unter Anerkennung aller für die Preisbildung maßgebenden Faktoren nicht gerechtfertigt sind. Das Ministerium des Innern — Landesbauamtsamt — weist darauf erneut auf die Bestimmungen des Paragraphen 10 der Reichsverordnung zur Behebung der dringenden Wohnungsnot vom 9. Dezember 1919 hin, wonach den Bezirksbauamtskommissionären das Recht zur Beschlagnahme von Baustoffen zusteht, wenn die für bestimmte Wohnungsbauten benötigten Baustoffe nicht rechtzeitig und zu angemessenen Preisen beschafft werden können. Dies ist vor allem für alle aus öffentlichen Mitteln unterhaltenen Wohnungsbauten wichtig. In Fällen unangemessener Preisforderung ist unverzüglich beim zuständigen Bezirksbauamtskommissionär Antrag auf Beschlagnahme der in Frage kommenden Baustoffe zu stellen.

— Notmarktlage auf dem Schlachtviehmarkt. Entgegen anderen Darstellungen wird mitgeteilt, daß das Sächsische Wirtschaftsministerium der Standpunkt vertritt, daß s. J. auf dem sächsischen Schlachtviehmarkt eine Notmarktlage besteht. Niemand, der in der Praxis des Schlachtviehhandels steht, wird das ernsthaft bestreiten können. Wenn in einer Verhandlung vor dem Leipziger Bundgericht neulich behauptet worden ist, daß das Wirtschaftsministerium das Vorhandensein einer Notmarktlage auf dem Schlachtviehmarkt bestritte, so ist dies

Bebauung schon um bestenfalls unrichtig, weil das Wirtschaftsministerium schon seit mehreren Wochen gemeinsam mit dem Justizministerium Maßnahmen getroffen hat, die nur den Sturz und Sturz haben, die Folgen der ungeheuren Notmarktlage zu mildern. In einer Sitzung, die vor kurzem unter dem Vorsitz des Wirtschaftsministers stattgefunden hat und an der sowohl Vertreter des Wirtschafts- wie des Justizministeriums, ferner eine Anzahl Bucherstaatsanwälte und Vertreter der Landes- und Bezirksverwaltungsstellen teilgenommen haben, ist einmütig das Vorhandensein einer Notmarktlage bejaht worden. Es ist nur verwunderlich, wie sich immer noch so la. sachverständige Leute finden, die diese offensibaren Tatsachen bestreiten wollen.

Gräba. Der Wirtschaftsausschuss der Gemeinde Gräba hat am Dienstag mit den Landwirten von Gräba, Forbera, Opfisch und Vochra verhandelt, um die jetzt bestehenden Schwierigkeiten in der Erntebearbeitung, die hauptsächlich durch den Kartoffelmangel hervorgerufen sind, zu lindern. Durch die veränderte einseitige Getreideernte sind die Landwirte, wie anerkannt werden muß, gezwungen, das jetzige günstige Erntewetter in erster Linie dazu zu benutzen, das Getreide zu bergen. Der Drang, das Getreide so schnell als möglich von den Feldern wegzuschaffen, wird auch dadurch immer mehr verschärft, daß immer größere Menschenmengen hinarbeiten und nicht etwa nur Weizen lesen, sondern ganze Garben in großen Mengen entwerfen, Weizen abschneiden und noch während der Aberntung die Felder in großen Scharen besäen, so daß selbst die mit der Ernte beschäftigten Landarbeiter in ihren Pantonierungen behindert sind. Die Landwirte sind bereit, die Felder, ohne sie abzugeben, zum Weizenlesen freizugeben, müssen aber erwarten, daß sie wenigstens die Aberntung ungehindert durchzuführen können und daß Diebstähle im jetzigen Umfange künftig nicht mehr vorkommen. Das Weizen gilt für die Früh- und Spätfruchtfelder, wo durch Diebstähle bereits großer Schaden angerichtet worden ist. Unter der Voraussetzung, daß ihnen nicht inzwischen die Felder von Unberechtigten abgeräumt werden, haben sich die Landwirte bereit erklärt, trotz der entgegenstehenden Bedenken, die Getreideernte jetzt etwas zurückzustellen und zunächst einmal Frühfrucht zu ernten, auf den Markt zu bringen und mit möglichst geringen Kosten den Verbrauchern zuzuführen. Von der Einwohnerlichkeit muß aber erwartet werden, daß sie das Entgegenkommen der Landwirte anerkennt und den Furen im Interesse der allgemeinen Versorgung Schutz angedeihen läßt.

Dale. Am Sonnabend nachmittag zogen ein Trupp Männer und Frauen zuerst zur Molkerei und dann nach dem Waldgut, um ihnen ein Hind zum Schlachten ausgeliefert wurde. Trotz, oder vielleicht infolge dieses Erfolges wurde die Aktion am Sonntag vormittag mit teilweisem Erfolg fortgesetzt. Einem Leipziger Fleischmeister, der sich ein halbes Schwein erworben hatte, wurde dasselbe zunächst beschlagnahmt und der Stadtdirektion übergeben. Ebenso wurde am Freitag ein auswärtiger Butterhändler verhaftet, seine Ware fortzubringen, auch diese wurde beschlagnahmt und zum Höchstpreis an die Anwesenden verkauft.

Dresden. Die „Dr. Radt.“ melden: Als Polizeipräsident Henke am letzten Sonnabend morgens in der zweiten Stunde vom Besuch einer Theatervorstellung nach seiner in der Hindenburgstraße gelegenen Wohnung heimkehrte, traf er in der Markstraße umweil des Sachsenparkes mit einer Anzahl Personen zusammen, die in erheblicher Weise die Nachtruhe störten. Polizeipräsident Henke schritt dagegen ein. Es kam alsbald zu heftigen Auseinandersetzungen, in deren Verlaufe er erheblich beschimpft und bedroht wurde. In dieser Situation gab Polizeipräsident Henke zwei Schreckschüsse ab. Die in der benachbarten Elbtalstraße gelegenen Mannschaften der Landespolizei eilten daraufhin zur Hilfe. Es gelang schließlich, von den Aufstörern zwei Personen nach dem Polizeivollzugsamt zu fiktieren. Die polizeilichen Ermittlungen dauern noch fort. Obwohl in der ganzen Stadt die Anwesenheit lebhaft besprochen wird, schweigt man sich an amtlicher Stelle über den Vorgang merkwürdigerweise vollkommen aus.

Haberberg. In der Nacht zum 2. August wurde im hiesigen Wasserwerk zu Haberberg aus einer Maschine ein Rührer im Werte von 100 Millionen Mark gestohlen. **Hilfswörter.** Täglich unlagern die Hausfrauen der Stadt das Rathaus in Erwartung der am Sonnabend von den Arbeitern aus den Landgemeinden herbeigebrachten Lebensmittelvorräte. Die Amtshauptmannschaft hat gegen die Kontrollen und Beschlagnahmen auf den Bauerngütern, soweit sie auf ungesetzmäßigen Wege erfolgten, Einspruch erhoben. Die Landwirte verlangen die unter Zwang entzogenen Lebensmittel zurück und es haben in dieser Angelegenheit Verhandlungen zwischen den Gewerkschaftsführern und den Landwirten im Rathaus stattgefunden, die damit endeten, daß die Landwirte die beschlagnahmten Lebensmittel der Stadt zu verbilligten Preisen überlassen. Die Stadt hat mit Hilfe der Industrie einen Kredit von 5 Mil-

liarden Mark Ruma gemacht, um dafür Fett und Kartoffeln für die Bevölkerung zu besorgen.

Bauen. Am Montag fand im Bauen eine Sitzung landwirtschaftlicher Vertreter aus dem Kreis Bauen zwecks Besprechung der augenblicklichen Notlage, unter Vorsitz des Herrn Oekonomierats Richter-Kautz, statt. Hierbei wurde von den landwirtschaftlichen Bezirksverbänden Bauen, Lössau und Hiltzau beschlossen, innerhalb dieser drei Amtshauptmannschaften den Verwaltungsbehörden zusammen 2400 Rentner Roggen, und zwar sofort 1200 Rentner unentgeltlich und innerhalb der nächsten Zeit weitere 1200 Rentner, diese letzteren zum Marktpreise, zur Bedienung der gegenwärtigen Notlage zur Verfügung zu stellen. Ferner wird die Landwirtschaft beschleunigte Maßnahmen zur Versorgung der eigenen Bezirke mit Schafwolle und möglichst frühzeitiger Belieferung mit Frühfruchtstoffen treffen. Ebenso wird man dem auswärtigen Aufkäuferumwettbewerb entgegenzutreten, sobald künftig Butter, Eier usw. wieder in größeren Mengen zum Verbrauch der einheimischen Bevölkerung zu erwarten sind. Den zuständigen Verwaltungsbehörden wurde Kenntnis von vorstehenden Beschlüssen gegeben. Als Voraussetzung wurde betont, daß von den Behörden und beteiligten Verbraucherkreisen alle Anstrengungen gemacht werden, die seit einigen Tagen an vielen Orten bestehenden Mangelzustände gewalttätiger Enteignung wieder zu beilegen.

Chemnitz. In eine von etwa 2000 Betriebsräten besetzte Beratung im Volkshaus drangen mit Gewalt Kommunisten ein, um die Teilnahme von Mitgliedern des sogenannten Verbandes der Ausgeschlossenen zu erlangen. Die Versammlung mußte geschlossen werden, weil die Teilnehmer es ablehnten, gemeinsam mit den Eindringlingen zu beraten.

Clauen. Am Dienstag wurde in der Nähe des Kellerhauses auf dem unteren Bahnhofs nach Orzelschenden Verlesungsgeschick. Dabei wurde die im Zuge befindliche Frau Winter aus Clauen von einer Angel getroffen und so schwer verletzt, daß sie das Bewußtsein verlor. Die Bedauernswerte mußte auf der Station Barthmühle ausgeladen und in ärztliche Behandlung gebracht werden. Nach den bisherigen Feststellungen kommen drei junge Burschen als Täter in Frage.

Colbitz. Bieleseitig besprochen wird hier ein unliebsames Vorkommnis, welches sich am Sonntag vormittag gegen 10 Uhr anlässlich des Fahnenweihfestes der hiesigen freien Turnerschaft ereignete. Eine im Kaufmann Diehl'schen Hause in der Bahnhofsstraße wohnhafte Familie hatte mit Genehmigung des Mietbewohners des gegenüberliegenden Hauses eine Gurlande, an welcher ein Kranz mit dem Sowjetstern angebracht war, nach dessen Fenster gesaen. Der im Nachbarhause wohnende Besitzer dieses Grundstücks, Fabrikbesitzer B., war nicht gekraat worden. Als er den Sowjetstern sah, ging er im Innern in die lehrberechnete Wohnung und schritt die Gurlande furerhand ab. Die von der Abholung fremder Turner vom Bahnhof kommende Turnerschaft, hierüber empört, erzwang sich den Zugang zu der anfangs verschlossenen Wohnung des Herrn B., nötigte diesen, an der Spitze des Auges mit nach dem Marktplatz zu marschieren und sich dort vom Rathauspostamt herab für sein Verhalten zu entschuldigen.

Leipzig. In der heutigen Abendstunde des Mittwoch entlud sich über Leipzig ein Wetter verbunden mit heftigem Regen und Hagelschlag. Im Stadtteil Stötteritz war das Unwetter von einer starken Windböe begleitet, wobei im Ru hausdobe Staubwolken aufwirbelten, wodurch die Straßensassanten in nicht geringem Maße verletzt wurden. Stellenweise wurden Fensterbretter durch den Wind zertrümmert. Hagelsteine und Sodellstücke fielen von den Dächern. Der Hagelschlag hat auf den Feldern an dem Getreibe erheblichen Schaden angerichtet. In tiefer gelegenen Stadtteilen wurden die Keller überflutet.

Liebenwerda. In diesen Tagen steht ein Werk seiner Vollendung entgegen, das in schwersten wirtschaftlichen Nöten begonnen und durchgeführt, für unsere Stadt und den ganzen Kreis in gesundheitlicher und wirtschaftlicher Hinsicht von weittragender Bedeutung zu werden verspricht. Wie eine Bekanntmachung im Anzeigenteil vorliegender Nummer des Lieser Tagesblattes besagt, wurde am 15. August das hiesige Eisenmoorbad nach dreijähriger Erneuerung und erheblicher Verbesserung und Ergänzung der technischen Einrichtungen als Kreis-Eisenmoorbad unter Leitung des Pächters Arnold wieder eröffnet. Wer in den letzten Tagen Gelegenheit hatte, zu sehen, mit welcher Sorgfalt und mit welchem Geschick bei der Wiederherichtung des Gebäudes und der einzelnen Bäderäume vorgegangen worden ist, in welcher erfreulicher Ausrichtung das Innere des Moorbades heute wieder da steht, der wird ein stilles Staunen nicht unterdrückt haben, daß in einer so ersten und schweren Lage unserer Wirtschaft ein solches Werk durchgeführt werden konnte, und jeder, der dieser Zweifel trug an der Möglichkeit der Wiederherstellung des Moorbades, wird zugeben müssen, daß die Vor-

bedenken gelassen sind für einen ordentlichen und sachgemäßen Baderbetrieb. Zur Verbestätigung hat die Baderdirektion eine reichhaltige Schrift über das Moorbad und die Stadt Liebenwerda herausgegeben, die, mit schönen Bildern ausgestattet, zum beschaffen Fernverkehrs von der Baderleitung bezogen werden kann.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 16. August 1923.

Dr. Böckel Reichspostminister?
* Berlin. Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt dürfte der Abgeordnete Dr. Böckel zum Reichspostminister ernannt werden.

Das erste Koalitionsoffizier der S. V. D.

* Berlin. Der sozialdem. Abgeordnete des preussischen Landtags Gerhard Obud veröffentlicht in der „Voter“ eine Erklärung, nach der er mit dem heutigen Tage zur S. V. D. übertritt.

Volkswirtschaftliches.

Der Berliner Börsenvorstand gibt bekannt: Am 1. September wird die Notierung der früher zugelassenen amtlich notierten russischen Wertpapiere an der dortigen Börse wieder aufgenommen.

Besserung in der Lebensmittelversorgung. Wie die Blätter melden, macht sich in Berlin auch eine Besserung der Lebensmittelversorgung bemerkbar. In den letzten Tagen ist Schmalz in genügender Menge auf den Markt gekommen. Trotz einer gewissen Butterknappheit ist damit zu rechnen, daß nach Beendigung der Erntearbeiten reichlichere Zufuhren von Butter kommen werden. Die Kartoffelbesserung hat sich gleichfalls gebessert. Auch Gemüse ist in erheblicher Menge auf dem Markt vorhanden. Auf dem Fleischmarkt machen sich die neuen Kontrollorgane preisregulierend bemerkbar. Die Notierungskommission hat für eine größere Anzahl von Lebensmitteln die Preise bedeutend herabgesetzt.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten stellt sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts für den 13. August ds. Js. auf das 436,935-fache der Vorkriegsziffer. Die Steigerung gegenüber der Vorkriegs- (149,531) beträgt somit 192,2 v. H.

Wertesändige Anleihe des Deutschen Reiches. Wie bekannt gegeben, beträgt der Zeichnungspreis, soweit die Einzahlungen auf die Zeichnung in einer der untenstehenden Devisen erfolgen, 95 Prozent. Die Umrechnungssätze, auf denen die zur Begleichung der Anleihe anzunehmenden Devisen bis auf weiteres in Dollar umgerechnet werden, betragen für 1 Dollar: Pfund Sterling 0,45; holländische Gulden 2,5379; Schweizer Franken 5,5882; norwegische Kronen 6,2908; schwedische Kronen 3,7989; dänische Kronen 5,4977; japanische Yen 7,5 argentinische Peseten 3,1555; Yen 2,025.

Sächsischer Lebenshaltungs-Index.

Nach den Preisermittlungen vom 13. August 1923. Mitteilung des Sächsl. Statistischen Landesamtes.

Nach den Preisfeststellungen vom 13. August 1923 sind vom Statistischen Landesamt folgende Indexziffern der Lebenshaltungskosten (1913/14 gleich 1) berechnet worden: Gesamtindex (für Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung) 361001; Gesamtindex ohne Bekleidung 312156. Am 6. August 1923 betrug der Gesamtindex mit Bekleidungskosten 122801 und ohne Bekleidungskosten 105052. Vom 6. bis 13. August 1923 sind mitbin die Preise der bei der Feuerungsstatistik berücksichtigter Güter um 195,1 bzw. 197,1 Prozent gestiegen.

Zur Fortleitung der vom Sächsischen Arbeitsministerium bisher wöchentlich veröffentlichten Feuerungsstatistik dient die folgende Uebersicht:

Feuerungszahl vom 13. 8. 1923	Indexzahl	Steigerungszahl gegenüber Januar 1922 = 100	Prozentuale Zunahme gegenüber der Vorwoche
29717288	312156	1765733	197,1%

Die Zahlen beziehen sich auf Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung, ohne Bekleidung.

Turnen, Sport und Spiel.

Der Verein für Bewegungsspiele Liebs-Gräba hat kommenden Sonntag auf dem Sportplatz an der Hindenburgstraße das fällige Verbandsspiel gegen die ehemalige Liga des Lieser Sportvereins nachm. 4 Uhr ausgetragen. Vor diesem großen Spiele treffen sich ebenfalls im Verbandsspiel die 2. Elf des VfB. mit Müglitz 1. Umloß 2,15 nachm.

Und doch!

Roman von Annh. Wotho.

8. Fortsetzung. Nachdruck verboten. Copyright by Annh. Wotho, Leipzig.

Ich öffne die Tür, schreie das Kind hinein und erst jetzt merke ich wie befreit auf, wo ich sonst auf neutralen Boden stehe.

Rena hat den einen kleinen, biden Beigekinnert verlegen zwischen die weichen Jähnen gestellt, mit der anderen hält sie ihre Puppe, die sie noch rasch im Fortgehen von der Terrasse aufgenommen, fest an ihr kleines Herz gedrückt. Ihr Blick sucht unsicher den meinen, und ich — ich fürchte mich, gerade und offen in dieses Kinderauge zu schauen.

„Das arme Kind ist mir ein Grauel.“ hatte ich mit oft gesagt, es ist eigentlich schuld, daß Dasso auf die Idee kam, mich zu seiner Frau zu machen, weil das Kind eine Mutter haben sollte. Pöcherlich, eine Mutter von zwanzig Jahren, die selbst noch so unerzogen ist, daß sie sich nicht zurechtfindet im Leben. Ich hatte bisher nichts getan, das Kindes Liebe oder sein Vertrauen zu gewinnen, noch viel weniger hatte ich mich um sein geistiges und körperliches Wohl gekümmert — ich war dem Kinde scheu ausgehten, wie es mir scheu auswich. Was ging mich schließlich das Kind der fremden Frau an, die so selbstherrlich in Dasso's Zimmer von der Wand auf ihn herabsah, als habe sie hier alleiniges Recht und ich sei ein Eindringling. Aber heute, als ich das Kind so unbeschützt in den Armen meiner Feindin gesehen — ich weiß selbst nicht, warum ich die rote Färbung meiner Feindin halte — da hatte ich plötzlich gefühlt, daß ich schuld trug, schwere Schuld. Wenn die unbeaufsichtigte Kleine wirklich von der Terrasse in die bodenlose Tiefe herabgestürzt wäre, wen hätte die Schuld getroffen? Mich, die Stiefmutter, die noch nie ein freundliches Wort, nie eine Liebstosung für das kleine Geschöpf gehabt, das meiner Führung, meiner Leitung anvertraut war, ohne daß ich auch nur den leisesten Versuch gemacht hätte, dem Kinde gegenüber meine Pflicht zu erfüllen.

Ich habe auch jetzt noch nicht die geringste Lust dazu, trotz der schrecklichen Warnung, aber die Worte Ethers haben mir eine Wunde von den Augen genommen, sie haben mir gezeigt, daß Ether von Bedow weh, welche erbärmliche Rolle ich hier in diesem Hause spiele, daß ich weder Dasso, noch Dasso's Frau, noch Mutter war. Das sollte und durfte nicht sein. Dieser hässliche Brauenmund sollte kein

Recht haben, geringfügig über mich und meine Pflicht zu sprechen, diese dunklen, sprühenden Augen sollten nicht in meinem Herzen lesen, wie elend ich war, diese kleinen zartrosigen Ohren sollten nicht hören, daß ich im Hause gewissermaßen nur gebuddelt wurde und keine Rechte hatte. So reflektiere ich. Das Kind habe ich ganz vergessen. Jetzt trifft mein Blick Rena. Sie steht mitten im Zimmer. Das eine Händchen mit der Puppe ist nach herabgehungen, das andere preßt sich in kräftiger Faust gegen die in der trübenden Augen. Jetzt quillt ein Schlagschlag aus der kleinen Brust, das endlich zu einem leisen Weinen übergeht.

Was ist das? Habe ich wirklich Mitleid mit dem fremden Kind, das, wenn auch unwissentlich, die Schuld an meinem Unglück trägt?

„Komm her zu mir, Rena.“ sage ich, mich ganz erschöpfend in einen Sessel niederlassend. „Komm her zu mir und versprich mir, nie, nie wieder so unartig zu sein.“ Die Kleine kommt gehoramt auf mich zu und schmiegt sich mit schwerer Faust an meine Seite.

„Rena sehr, sehr unartig gewesen ist.“ schluchzte sie auf, „aber Rena hat immer Tante Ether, Tante Ether küßt immer Rena, wenn es Papa steht und sagt was von Baderplätzen geben, aber Rena bekommt gar keine Baderplätzen und will auch gar keine. Rena will zu Papa, der ist gut, aber nicht, wenn Tante Ether da ist. Da guckt er sie immerzu an und macht so große Augen — sieh mal, groß.“ — Rena machte durch eine schreckliche Augenverdrehung ihre Behauptung möglichst anschaulich — „und dann fürchtet sich Rena.“

„Fürchtest du dich vor mir auch?“
„Ich weiß nicht, warum ich es frage. Es ist mir so, als hänge eine Welt für mich von des Kindes Antwort ab. Fortschreit sehen die kleinen Kinderaugen zu mir auf, dann schüttelt Rena energisch die blonden Locken.“
„Rein, Mama Jolande.“ sagte die Kleine langsam, aber fest.

Die eigentümlich mich der Name berührt. „Mama Jolande.“ Wie selbstherrlich das aus dem roten Mund klingt, gleichsam als Recht und doch wie eine zärtliche Bitte. „Wer hat dir gesagt, daß ich so heiße?“

„Papa!“ Die Augen der Kleinen strahlen hell auf, als sie des Vaters gedenkt.

„Papa sagt a u d.“ fährt sie zögernd fort, „du würdest gut zu Klein-Rena sein, du würdest ihr Märchen erzählen und mit ihr spielen. Rena auch zu den Eitel-

singen, wie Mama Maria, die steht im Himmel ist aber du tust es nicht, und Rena ist traurig, sehr traurig.“

Welch erbärmliches, wankelmütiges Geschöpf ich doch bin, wie ein elendes Wesen ohne alle Selbstacht und Energie, daß ich bei den kindlichen Worten dieser Dreijährigen mein Gewissen schlagen fühle, als wäre ich eine Verbrecherin, und doch tat ich nur, was mir meine Ehre geboten, als ich mich von dem Kinde fern hielt, dessen Vater mich von meiner Mutter gekauft.

„Würdest du gern bei mir bleiben, Rena?“ frage ich sie, hier in meiner Stube? Oder würdest du mich gern öfter hier besuchen?“

Die Kleine nickte ernsthaft. „Kann ich auch mit Puppe Jolande öfter reden?“

„Natürlich, Rena. Also Jolande heißt deine Puppe. Wer hat sie denn gekauft?“

„Papa, Mama, im Kinderszimmer war Lauffest. Es war sehr schön.“

„Wenn du aber öfter zu mir kommen willst, Rena, so mußt du artig und folgsam sein, und nachher mußt du zu Tante Ether gehen und für deine Unart um Verzeihung bitten. Willst du das?“

Die Kleine nickte traurig. „Ist dann Mama Jolande mit Rena gut?“

„Ich kann nur immer wieder nicht. Dann bräde ich auf den Knopf der elektrischen Klingel. Meine Jungfer erscheint. Ihren erhaunten Blick, mit dem sie Rena ansieht, ignoriere ich.“

„Geben Sie zu Frau Dörte.“ sagte ich ihr, „und teilen Sie ihr mit, daß Rena, die ich unbeaufsichtigt auf der Terrasse fand, sich bei mir befindet und die Mittags bleiben wird.“

Die Jungfer verschwindet und ich fasse wieder des Kindes Hand. Wie ein kleines Rosenblatt liegt sie in der meinen. „Komm, hier kannst du spielen.“

Wir schreiten zum Erker. Ich setze die Stufen hinan, dort oben ist mein Arbeitsplatz, da liegt meine angefangene Arbeit, meine Lieblingsskizze. Ich lehne in dem hohen Sessel und mein Blick tritt hinaus in die sonnige Landschaft. Wie ist mir doch plötzlich so leicht und froh zu Sinn. Rena sitzt auf den Stufen des Erkers zu meinen Füßen, sie schaut mit ihrer Puppe in einem leisen, süßen, lösenden Lächeln. Bienen begegnen sich unserer beider Augen, und dann trifft mich ein süßer, holder — ich möchte ich sagen, verklärter Blick der kleinen Rena.

Zusammenbruch des „Generalstreiks“

Die Kommunisten hatten versucht, in den kritischen Augenblicken der letzten Tage den Generalstreik auszurufen. Das Ziel dieses Vorhabens war kein anderes, als das deutsche Volk in das gänzlichste Chaos hinabzuführen, um dann in dem allgemeinen Durcheinander die politische Macht zur Errichtung der „Diktatur des Proletariats“ an sich zu reißen. Man kann sagen, daß den Kommunisten ihr Versuch der Inauguration eines Generalstreiks gänzlich mißlungen ist. Selbst in Halle, das als kommunistische Hochburg bislang angesehen wurde, ist die Arbeiterchaft zum großen Teil nicht der kommunistischen Generalstreikparole gefolgt. In Halle wurde der „Ausbruch zur Ausübung der Räterepublik“ verhaftet. Auch in den Rheinprovinzen lehnte die überwältigende Mehrheit die Streikparole der Kommunisten ab. Gewiß haben an einzelnen Stellen die Kommunisten es fertig gebracht, diese oder jene Belegschaft in den Streik zu heben. Aber, daß die Kommunisten ihr Spiel verloren haben, ergibt sich schon daraus, daß die kommunistischen Betriebsräte beschaffen haben, den Streik abzubrechen. Durch den Ausbruch des Streiks soll dann der Öffentlichkeit verschleiert werden, daß in Wirklichkeit nur eine geringe Minderheit der kommunistischen Streikparole gefolgt ist.

Die Streikfrage in Leipzig.

Infolge des von den Kommunisten am Montag beschlossenen Generalstreiks ruhte in Leipzig der gesamte Straßenbahnverkehr gestern Mittwoch morgen. Auch in den Großbetrieben wurde zum Teil nicht gearbeitet. Die Arbeiter sind zwar erschienen, wurden jedoch von den Kommunisten am Betreten der Betriebe gehindert. Der Hauptbahnhof ist von einem Volksaufmarsch abgeblockt, um einen ungehinderten Verkehr zu gewährleisten. Das Betreten der Bahnhofsalle ist nur mit Fahrkarten gestattet. Die Leipziger Stadtverordneten haben ihre Ferien unterbrochen und traten gestern zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um die Lage zu besprechen. Bisher ist in der Stadt alles ruhig.

Die Bürgermeister Roth in der Stadtverordnetenversammlung, soll als Freitag eine Straßenbahnfahrt 160 000 Mark kosten. Diese Erhöhung hängt mit der Forderung der Straßenbahner zusammen, denen 6 Millionen Mark Nachzahlung bewilligt werden mußten. Daraufhin nahm das Personal den Straßenbahnbetrieb gestern abend 7 Uhr wieder auf.

In Neustadt

Am es vorgestern in den späten Abendstunden erneut zu Zusammenstößen der Menge mit einer kleinen zurückgebliebenen Schupo-Mehrheit. Als die Demonstranten das Automobil des Dresdener Regierungs-Kommissars beschlagnahmten, trotz Verhaftung der Schupo ein, die den Marktplatz in wenigen Minuten unter Anwendung des Gummischlägers säuberte, wobei einige Personen leicht verletzt wurden. Zum Protest gegen die Vorkommnisse ist die gesamte Arbeiterschaft gestern früh trotz der kommunistischen Generalstreikfrage in den Streik getreten.

Die Lage in der Provinz Sachsen

hat sich wesentlich gebessert. Die kommunistische Generalstreikpropaganda darf als vollständig schlagelassen angesehen werden. Gegen die Streikführer und die Streikleiter ist durch viele Verhaftungen vorgegangen worden. Die Streiksituation der Landarbeiter, die Streikleitungen der Kreise Halle und Gemblin sind festgenommen worden. Infolge dieser Verhaftungen sind die Streiks, vor allem im Regierungsbezirk Magdeburg, in Auflösung. Verhaftet sind bisher etwa 40 Personen aus den Kreisen der kommunistischen Helfer und Führer. Im Kreise Gemblin wurden kommunistische Verbände vorgestern Brandstiftungen. In einem Falle wurde eine Scheune in Brand gesteckt; von den Tätern wurde einer erschossen und drei verhaftet. In einem zweiten Falle mißlang die Brandstiftung; sämtliche Beteiligten, insgesamt fünf, wurden verhaftet. Kommunistische Wanderversammlungen wurden im Regierungsbezirk Merseburg den Landkreis Einleben beim Jäger-Sonnenhäher wurden verhaftet; zwei sind getötet. Die Betriebsorganisationen der republikanischen Arbeiter haben sich gegen die Kommunisten gewandt, die in der Absicht die Stilllegung der Betriebe zu erzwingen, von Arbeitsstellen zu Arbeitsstellen zogen. Durch die Abwehrtrupps wurden die kommunistischen Streikführer vertrieben. In Zell herrscht wieder völlige Ruhe, jedoch von den einflussreichen drei Schupo-Polizei-Hundertschaften eine bereits zurückgezogen werden konnte.

Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier

haben die Verhandlungen über die Beilegung des Streiks zu einer vollen Einigung geführt; die Arbeit wird in vollem Umfange wieder aufgenommen. Auch für den Lauritz und den Verberger Bezirk ist mit einer baldigen Einigung zu rechnen.

Schwere Ausschreitungen in Datteln.

In Datteln kam es gestern nachmittags zu schweren Ausschreitungen. Etwa 6000 meist kommunistische Elemente bedrohten den Amtshausgärtner Wille, dem ein Margarinefabrik über den Kopf gestülpt wurde. Delegierten wurden die zur Beilegung des Amtshauses herbeigekommen Beamten, denen auf Unterstützung freies Geleitz bei Waffenabgabe zugesichert wird, ebenfalls schwer mißhandelt. Sie wurden mit Knütteln schwer bedroht. Acht Polizeibeamte mußten in das Krankenhaus schwerverletzt übergeführt werden.

Der Lebenslauf der Mark.

Unsere Mark, die einst so stolze Münzeinheit des Deutschen Reiches, ist auf ihrem Lebensgange jetzt auf einen noch schwerer zu überwindenden Tiefstand des Wertes angelangt, und uns bleibt nur noch die Hoffnung, daß sie dereinst aus ihrem traurigen papierernen Dasein zu einem besseren, wertbeständigeren, dauerhafteren Dasein auferstehen möge. Versolgen wir den Lebenslauf der Mark bis zur Wiege zurück, so gelangen wir zu jenen Ursprüngen des Münzwesens, da man überhaupt noch nicht mit geprägten Münzen bezahlte, sondern alle möglichen wertvollen Gegenstände als Geld galten, Vieh, Felle usw. Unter diesen als Geld dienenden Dingen gewann bald das Metall eine hervorragende Stelle, weil es sich am besten für diese Zwecke eignete, und es wurden daher metallene Gegenstände als Zahlungsmittel benutzt, so z. B. bei den alten Germanen Arm-, Bein- oder Halsringe. Daneben aber verwendete man auch Metall in rohem Zustand, wie dies aus dem alten Rom überliefert ist und uns in dem sogenannten Goldsilber germanischer Funde entgegentritt. Das Goldsilber bestand aus rohen Goldstücken, die mit der Hand zerhackt wurden, und als dann später im Europa des Mittelalters das von den Römern übernommene Münzwesen mehr und mehr der Zerstückung anheimfiel, da ping man wieder zu der Form des Rohmetallstückes über, indem man Rohsilber oder Silberbarren als Zahlung benutzte. Man wog sich das Rohmetall gegenständig zu, um nicht durch schlechtes Gewicht betrogen zu werden, und dafür brauchte man das alte römische Pfund von 12 Unzen, das den Namen Mark erhielt. Statt der bis dahin üblichen Pfennige erschienen nach dem Jahre 1000 Angaben von Geld, das mit „Marca usualis argenti“, d. h. die gebräuchliche Silbermark, bezeichnet wird, und es unterliegt keinem Zweifel, daß es sich dabei um zugewogenes Silber oder Gold handelte. Ursprünglich hat man wohl Rohsilber verwendet wie

wurden. Die aus Reddinghausen herbeigeführte Volksherrschung wurde ebenfalls schwer angegriffen. Auch hier wurden drei Beome schwer verletzt. Auf Seiten der Arbeiter sind, so weit bis jetzt bekannt geworden ist, 22 Verletzte aufzuzählen. Zur Zeit ist Ruhe eingetreten. Die französische Besatzungsbehörde hatte ein Eingreifen abgelehnt.

Zusammenstoß mit Feldjägern.

In der gestrigen Nacht kam es nach einer Meldung aus Duldburg, in der Gemarkung Fern (Gemeinde Bündelheim) zu einem Zusammenstoß zwischen Feldjägern und Landjägern. Als auf die Halterseite der Landjäger von allen Seiten Leute herdrückten und auf die Wachen einbrachen, griffen diese zu den Waffen. Auch die Feldjäger führten Schußwaffen bei sich. In dem sich entwickelnden Gefecht wurden ein Landjäger und ein Arbeiter getötet. Zwei weitere Arbeiter wurden durch Schüsse verletzt.

Tumulte in einer Farbenfabrik.

Kommunistische Hundertschaften und mit Knütteln bewaffnete Stoßtrupps drangen bei den Farbenfabriken in Leberfelden in die einzelnen Betriebe ein und warfen die zum größten Teil arbeitswilligen hinaus. Die in der Fabrik tätige Sicherheitsmannschaft wurde festgelegt, die Feuerwehre angegriffen und teilweise verletzt. Der Arbeiterrat wurde als abgelehnt erklärt. Die Drückspitze erwiderte sich als zu schwach und erst nach dem Eintreffen kleiner Volkseimannschaften konnte die Ordnung wieder hergestellt werden. Die Firma hat die Betriebe bis Freitag geschlossen.

Belagerungszustand in Aachen.

In Aachen ist gestern der Belagerungszustand verhängt worden.

In den Urkuben am Dienstag wird noch gemeldet, daß in dem Wälderberg ausgehender Demonstrationen von Arbeitern in der Höhe des Volksempodiums ankam, und sich auf die umliegenden Straßen verbreitete, so daß das Volksempodium von den Demonstranten vollständig umgeben war. Schon vorher hatte sich eine gewaltige Menschenmenge vor dem Volksempodium versammelt. Eine beschlossene Abordnung verlangte von dem Vertreter des Volksempodiums die Herausgabe der Gefangenen, die am letzten Freitag wegen Diebstahls nach heftigem Widerstand von der Polizei festgenommen worden waren, und verlangte die Entlassung des Hauptverhafteten, was abgelehnt wurde. Die Führer, die aus dem Gebäude herauskamen, um der Menge das Ergebnis ihrer Verhandlungen mitzuteilen, wurden von der Besatzung niedergeschrien. Es wurden Schüsse in das Volksempodium hineingefeuert. Auch wurde mit Eisenstücken geworfen. Das sich auf der Hauptstraße befindliche Volksempodium mußte die Schußwaffe gebrauchen.

Verhäufung der Lage in Württemberg.

Die Lage in Württemberg hat sich, wie die Frankfurter Zeitung meldet, infolge der kommunistischen Unruhen verschärft. Eine von den Gewerkschaften veranstaltete Demonstrationssammlung im Schlosshof zu Frankfurt wegen der Feuerung und Bargeldnot wurde vollkommen von den Kommunisten beherrscht. Sozialdemokratische Redner wurden am Sprechen verhindert. Abends zog die Masse durch die Straßen.

Im Hamburger Hafen

herrscht vollständige Arbeitsruhe. Die Schauerleute haben neue Forderungen gestellt. Der Hafenverkehr ruht bis auf wenige Ausnahmen. Gestern vormittag haben auch die Schiffsdampfer die Arbeit niedergelegt. Der neue Seebäderdampfer „Kaiser“ ist nicht ausgefahren. Auf den Werften wird nicht gearbeitet.

In Hamburg haben die wilden Streiks im Laufe des gestrigen Tages noch an Umfang zugenommen. Im ganzen liegen 34 Betriebe still. Es ruht auch der Betrieb der Straßenbahn, da die Ueberlandzentrale die Arbeit niedergelegt hat.

Die Ausschreitungen in Sachsen und die Industrie.

Der Verband Sächsischer Industrieller schreibt uns: Als vor reichlich 14 Tagen die Ausschreitungen im Erzgebirge begannen und zu argen Mißhandlungen von Arbeitgebern und Lohnverweigerungen durch nicht bezahlte Kreise über die Pöple der Gewerkschaften hinweg einsetzten, ist der Verband Sächsischer Industrieller mit Vertretern der betroffenen Kreise sofort bei den sächsischen Regierungsstellen vorstellig geworden und hat dort auch die Zulage erhalten, daß in Zukunft der Produktion den arbeitswilligen Arbeitnehmern und den Produktionsleitern unbedingt der ihnen verfassungsmäßig zustehende Schutz gewährt würde. Trotzdem nahmen die Ausschreitungen einen immer größeren Umfang an und aus den bei dem Verband eingehenden Meldungen über dauernde neue Verletzungen- und Mißhandlungen von Industriellen wurde stets übereinstimmend betont, daß ein politischer Schutz nirgends eingeleitet hätte. Der Verband Sächsischer Industrieller hat deshalb bei dem sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Reigner erneut um eine Aussprache zwischen der Regierung und Vertretern der durch die Ausschreitungen betroffenen Kreise nachgesucht. Diese Aussprache, zu der Delegierte aus allen in Betracht kommenden Bezirken erschienen waren, hat am Dienstag, den 14. August im Ministerialgebäude stattgefunden, und es ist dem sächsischen Ministerpräsidenten nach eingehender Vorlegung der unangenehmen Verhältnisse, die unter starker

Schädigung der Produktion und unter ständiger Bekämpfung vieler Industrieller oder Industrievertreter Vag großer haben, erneut und dringlich die Forderung nach Gewährleistung ausreichenden Schutzes unterbreitet worden mit Hinweis darauf, daß es nicht abgeht, dem Arbeitgeber während alle neuen Lagen aufzuklagen, ihn aber an der Ausübung seines Berufes durch unverantwortliche Kreise unter Gefahr für sein Leben fortgesetzt zu hindern und ihn dadurch für vogelfrei und als Staatsbürger 2. Klasse zu erklären.

Der Verband hatte weiterhin die zuständigen Reichsstellen von den behauerlichen Vorkommnissen der letzten Wochen ständig auf dem Laufenden gehalten und auch dort Deputationen aus verschiedenen Ortsgruppen vorgeschoben, um über die Verhältnisse zu berichten. Angesichts des Wechsels in der Reichsregierung war es notwendig, auch die neuen verantwortlichen Männer über die Lage in Sachsen zu unterrichten und es ist deshalb unmittelbar im Anschluß an die Verhandlungen mit Herrn Ministerpräsident Reigner eine weitere Deputation nach Berlin gefahren, um auch den zuständigen Reichsstellen nochmals ein Bild von der Lage in Sachsen zu geben und sie von der Unmöglichkeit des weiteren Aushaltens der augenblicklichen gefährlichen Zustände zu überzeugen.

Reichshilfe für Sachsen?

Wie der Sächsische Zeitungsdienst erzählt, sind Vertreter der Sächsischen Wirtschaft in Berlin beim Reichskanzler vorgehend geworden, um ein Einschreiten der Reichsbehörden gegen die anarchoistischen Zustände in Sachsen zu veranlassen. Der Reichskanzler empfing die Abordnung, die aus dem Landtagsabgeordneten Dr. Schreiber, Direktor Heller vom Sächsischen Landtag, Bürgermeister Dr. Freigeb von der Landeshauptstadt der Arbeitgebersverbände und drei Vertretern der sächsischen Industrie bestand, sofort nach seiner Rede im Reichstage. Der Reichskanzler erkannte die Notwendigkeit unverzüglicher Gegenmaßnahmen an und sagte zu, eine Kabinettsitzung zur Erörterung der Verhältnisse in Sachsen einzuberufen.

Eine demokratische Anfrage im Landtag.

Der demokratische Landtagsabgeordnete Prof. Dr. Reigner hat eine Anfrage im Landtag eingebracht, die sich gegen die letzten bekannt gewordenen Terrorakte der Tarifverhandlungen richtet. In letzter Zeit haben sich in Sachsen immer mehr und mehr die Fälle gebildet, daß Tarifverhandlungen zwischen Vertretern von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen unter dem Druck einer vor den Verhandlungsschlichter demonstrierenden Arbeitermenge standen und sogar unter Verdröbnungen mit Gewalt und unter Tätlichkeiten gegen Arbeitgebervertreter diese zu Abschlüssen von Tarifverträgen gezwungen worden sind, die mit der Wirtschaftslage nicht im Einklange standen. Namentlich in der vergangenen Woche haben die Tarifverhandlungen im Erzgebirge, z. B. in Aue, Schneeberg und Annaberg unter unbeschreiblichen Terrorakten kommunistischer Zusammenrottungen geklungen und unter dem Schrei der Agitatoren u. a. unter wüsten Beschimpfungen auf die Gewerkschaftsführer, die z. T. persönlich in unflätiger Weise von unreifen Parolen bedroht worden sind, die Ergebnisse solcher praktischen Tarifpolitik geliefert worden. Wie lange noch will die sächsische Regierung diesem ihr bekannten schamlosen Treiben verantwortungslos zusehen und des hinter diesen stehenden rabaukulenten Menge zusehen? Wenn sich die sächsische Regierung nicht selbst weiter dem Verdachte aussetzen will, daß sie diese von kommunistischer Seite belebte Art von „Tarifverhandlungen“ offenbar begrüßt, dann dürfte es höchste Zeit sein, daß die sächsische Regierung die erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen unter Ausschluß jeder Anmektung ergreift, die solchen anarchoistischen Zuständen ein Ende bereiten. Was gebietet die Regierung zu tun, um die unbedingte Freiheit der Tarifverhandlungen und den Schutz ihrer Teilnehmer zu gewährleisten?

Markübersicht.

Die amtlich notierten Preise (in Tausenden Mark) waren an der Berliner Produktenbörse pro 50 kg an Station: Weizen, märkischer 4500—4800. Roggen, märkischer 2500—2700. Weizen, Sommergerste, märkischer 4000. Wintergerste 3800—4000. Rüböl, Caster, märkischer 3300—3500, schlesischer 3000—3300. Rüböl, Weizen, Roggen frei Hamburg 4100. Getreide, Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin 14000—19000. Feinste Marken über Roggen bezahlt. Rüböl, Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin 7500—10000. Leicht befestigt. Weizenkleie und Roggenkleie 1700—1800. Ratt, Schluß besser. Raps 4500—6000. Stroh, Erbsen, Viktoria 9000—12000, kleine Speiseerbsen 8000—9000. Rapskuchen 2200—2400. Trockenmais 1800. Vollwertige Futtererbsen 2800—3000. Torfmast 30,70 1500. Kartoffelkuchen 2800—3000.

Amliche Notierungen der Produkten-Börse in Chemnitz am 15. August, nachmittags 3 Uhr. Stimmung: ruhig. Weizen 5100 000—5300 000 M., Roggen 2800 000 bis 3000 000 M., Wintergerste 3500 000—4000 000 M., Sommergerste 4000 000 M., Caster 3800 000—4000 000 M., Mais 5000 000—5500 000 M., Weizenmehl 12000 000 M., Roggenmehl 6500 000 M., Weizenkleie 1800 000 M., Roggenkleie 1800 000 M., Wiesensheu 350 000 M., Riechheu — M., Getreide-Stroh lose 800 000 M. für den Jentner franko Chemnitz, bei Getreide in Ladungen von 200—300 Zentner, bei Vieh in Mengen unter 100 Zentner und bei Heu und Stroh ladungsmäßig.

der Ausdruck „Vergilber-Mark“ beweist, der zeigt, daß man das Silber so sorgfältig wie es aus dem Bergwerk kam. Daneben finden sich aber auch schon Benennungen wie „reine, gereinigte, weiße Silbermark“, was auf geläutertes Metall schließen läßt. Die Mark war also damals ein Gewicht, das zunächst dem römischen Pfund von 12 Unzen entsprach; bei den Franken aber wurde dieses Gewicht bereits auf zwei Drittel verringert, nämlich auf 8 Unzen oder 16 Lot, und um nun einer weiteren Verringerung vorzubeugen, drückte man den Gewichtstücken ein Zeichen auf, eine Marke, die dem Gewicht den Namen gibt. Zum ersten Male kommt Marca für ein Geldgewicht im Jahre 1042 n. Chr. vor. In diesem durch mehrere Jahrhunderte dauernden Geldverkehr in Silbermark herrschte große Unsicherheit, weil sehr verschiedene Gewichte unter diesem Namen gingen. So war z. B. die Wiener Mark 280 Gr. schwer, die Krakauer 200 Gr., die von Trier 216 Gr. Eine allgemeine Geltung erlangte schließlich die sächsische Mark, die 233,333 Gr. wog und deren Altes Exemplar in Köln aufbewahrt wird. Diese sächsische Mark wurde eingeteilt in 8 Unzen, 16 Lot, 64 Quentchen, 256 Pfennige, 512 Heller, 4096 Schillinge und 4352 Fischen. Sie ist deshalb von besonderer Bedeutung geworden, weil sie 1810 für die preussische Währungsordnung zur Grundlage genommen und 1880 in Leipzig eingeführt wurde, sie diente auch von 1837—1857 als Münzmark der Zollvereinsstaaten.

Nach dem größeren oder geringeren Grad der Reinheit, in der das Silber sich in den verschiedenen Markgewichten befand, unterschied man verschiedene Mark nach dem Silbergehalt. In Augsburg war die Mark z. B. 12-lötig, in Wien lange Zeit 18-lötig usw. Zur Verhütung des Feinschmelzes wurden die Goldstücke mit einem Zeichen versehen und diesen dann gezeichnet oder — in niederdeutschen Worten — „getechnet“ Marken. Man unterschied zwischen der „feinen“ Mark, die aus reinem unermischtem Gold oder Silber bestand, zwischen der „rauben“ Mark aus legiertem

Edelmetall und der „lötigen“ Mark, die zwar nicht ganz rein war, aber feiner als billiger belageneren Zuzug unedlen Metalls enthielt. So bildete die Mark, die zunächst nur ein Gewicht darstellte, frühzeitig einen Geldwert und wurde zu Geld, ohne direkt als Münze geprägt zu sein. Die Mark enthielt so viele Silberpfennige, als aus einer Gewichtsmark von gesetzlicher bestimmter Feinheit geprägt wurden. Wenn aber nun die Pfennige außer Kurs kamen, so wurde doch die gleiche Anzahl Pfennige, die früher die Mark ausgemacht hatte, als eine „Mark Pfennige“ angesehen, und da es zu schwierig war, von der Silbermark so viel abzuschlagen, als man für kleinere Zahlungen bedurfte, so wurden die außer Kurs gesetzten Pfennige weiter als Teile einer Mark behandelt. Es ist dies das sogenannte „Mark-Gewegen“, bei dem man ältere ihres Geldcharakters entleerte Münzen nach dem Markgewicht zumog. In der „Ripper- und Wipperzeit“, in der eine gewaltige Münzverschlechterung einsetzte, wurde das Markgewicht immer geringer, und der Geldbegriff der Mark ging mit dem Gewichtsbegriff so völlig auseinander, daß man in einzelnen Staaten die Geldmark als Münzeinheit einführt, obwohl sie an Wert tief unter dem Gewicht der Silbermark stand. Diese Markrechnung wurde zuerst in norddeutschen Staaten, wie Hamburg, Lübeck, Ostsee und Schleswig, üblich, und zwar wurde die Mark in 16 Schillinge à 12 Pfennige geteilt. Diese „Mark Kurant“ enthielt zwei Fünftel Taler preussisch oder 12 Silbergroschen. In anderen Teilen Deutschlands war in dieser Zeit der Kleinhaare die Mark gleich ein Drittel Taler, während die Hamburger Großhaare nach „Mark Banco“ rechneten, von der 27% Stück auf eine Mark Feinsilber gingen. Die dem „Mark-Wirrwarr“ wurde dann mit der Einigung des Deutschen Reiches ein Ende gemacht, indem die Mark als Münzeinheit angenommen wurde, ein Drittel der bisherigen Talermehrung bildete und in 100 Pfennige geteilt war.

Auf den Wochenmärkten des besetzten Gebietes.

Auf den Wochenmärkten der Städte des besetzten Gebietes kann man allerhand Beobachtungen machen, die zu nachdenklichen Betrachtungen anregen. Die Vorräte an Lebensmitteln sind sehr knapp, namentlich herrscht Mangel an Kartoffeln. Frischgemüse wird ebenfalls in ungenügenden Mengen angefahren und obendrein sind die Preise so hoch, daß die deutsche Hausfrau ständig in der größten Verlegenheit darüber ist, wie sie den Tisch für ihre Lieben besorgen soll. Was vordem als selbstverständlich zum Mittagessen des Rheinländers gehörte, Gemüse, ist zum Luxus für ihn geworden. Anders bei den Franzosen. Sie können alles kaufen, sie brauchen sich nichts zu versagen. So sehen wir auf den Wochenmärkten französische Stüchensoldaten, wie sie ihre Einkäufe für die Kasinos der Offiziere und die Stüchen der Mannschaften besorgen. Natürlich werden die teuersten Sachen gekauft, denn das Geld ist ja da. Bezahlt wird nicht etwa mit Franken, mit französischen Münzen, nein, was sollen die Franzosen ihr eigenes Geld ausgeben, wo sie doch genügend deutsches Papiergeld haben! So kaufen sie denn ganze Säcke voll grüne Erbsen, Gurken, Blumenkohl und dergleichen feines Gemüse gegen Bündel deutsche Papiermark, während sich die deutsche Hausfrau mit einem Pfändchen Weißkohl oder Wirsing, also dem großen Gemüse in ganz geringen Mengen begnügen muß und noch froh ist, wenn sie es überhaupt erwerben kann. Also die Franzosen kaufen das Beste in Mengen, für die Deutschen ist ein magerer Tisch genug. Die aufmerksame deutsche Hausfrau hält ihre Augen gegenüber diesen täglichen Vorgängen nicht verschlossen. Ihr Herz krampt sich vor bitterem Weh zusammen, wenn sie alles dies sieht und wenn sie sich sagen muß, daß gerade durch die fürchterlichen Frangialisierungen die Knappheit an Lebensmitteln und die riesige Teuerung verursacht wurden.

Das Differenz wird verpaßt, wenn sie weiter sehen muß, wie Französinne ebenfalls auf den Wochenmärkten das feinste Gemüse und das feinste Obst in Masse kaufen, während die deutsche Hausfrau, die ihren Kindern auch gerne Kirchen und Erdbeeren gönnen möchte, abseits stehen muß. Wie sagten doch die Franzosen bei ihrem Einbruch? Sagten sie nicht, die Lebensmittelversorgung solle nicht im mindesten beeinträchtigt werden? In Wirklichkeit sehen die Dinge anders aus. Wenn die deutschen Kinder von heute Eltern erzählen: Wir hatten als Kinder einen Sommer, wo wir kein Obst bekamen, es war dies die Zeit der Franzosenherrschaft!

Der Badefirt.

Das Badefirt bietet die ungezwungenste und angenehmste Annäherung zwischen männlicher und weiblicher Jugend, und daher ist Gott Amor im Badeort besonders tätig, hat sogar zur Begleitung der Menschheit richtige „Verlobungsbäder“ eingerichtet. Aber dieses enge Zusammenleben von Männlein und Weiblein, das durch das Nichtsein und die gute Pause der Berlen begünstigt wird, birgt auch seine Schattenseiten. Die jungen Mädchen lassen sich zu leicht mit Männern ein; es kommt zu raschen Verlobungen, die nicht ernst gemeint sind und dann im grauen Alltagsleben mit Schmerzen und Enttäuschungen gelöst werden. Deshalb ist eine Warnung vor dem „Badefirt“ wohl an derbracht, wie sie die kluge Engländerin Dorothy Dix in einem Londoner Blatt veröffentlicht. Der häufigste Typus des männlichen „Firters“, schreibt sie, „ist der Herr, der der jungen Dame fünf Minuten, nachdem er sie kennen gelernt hat, geküßt, daß er noch niemals eine ähnliche Frau wie sie gesehen habe, nach 10 Minuten verlobt er sich, daß er noch niemals geküßt habe, nach 15 Minuten schwört er, sein Leben für sie zu opfern und umhüllt, wenn er nicht Erdringung seiner rasenden Leidenschaft für sie finde, und nach 20 Minuten ist er schon bei einem Antrag. Dieser Firtz auf den ersten Blick mag unerfahrenen Mädchenherzen imponieren, aber er ist für sie gefährlich, denn ebenso schnell hat der Jüngling seine Be-

handnisse vergessen. Die erfahrene Frau gibt daher darauf nicht das Geringste. In einer anderen Klasse gehört der Mann, der jeder Dame, der er begegnet, davon vorwärmt, wie schöne Augen sie habe, was für wundervolles Haar und wie herrliche Figur. Er wird damit meistens kein Glück haben, denn die Frauen sind heute über eine Art der Verführung, die an die Begünstigung auf dem Viehmarkt erinnert, hinaus. Wenn ein Mann von sich selbst spricht, dann ist die Frau sicher, wenn sie sich nicht dabei zu Tode langweilt. Begibt er aber zu ihr über sie zu sprechen, dann sei sie auf der Hut. Der Mann weiß die Frau stets bei ihrer schwachen Seite, bei ihrer Eitelkeit, zu fassen, wenn er ein verführerischer Firtz ist. Nicht ungefährlich ist der Firtz mit einer Vergangenen. Er hat die Angewohnheit, jeder hübschen Frau sofort Bekanntschaft über die Verurteilung seines bisherigen Lebens zu machen. Nach seiner Schilderung ist er tief gesunken, bis zum Verderber, und er bebarf nun unbedingt eines Schutzengels, der ihn aus dem Sumpf des Verderbens errettet. Diese Hilfeleistung erwartet er davon, daß sich die betreffende Dame bis über die Ohren in ihn verliert. Diese „großen Sünden“ sind meistens die harmlosen Spielbürger von der Welt; es macht ihnen ein leidenschaftliches Vergnügen, sich in der bengalischen Beleuchtung häuslicher Niedertracht zu zeigen, und eine Frau, die sich auf ihn einläßt, wird ihn sehr leicht um den Finger wickeln. Ein anderer Typus ist wieder der Frauenfeind. Er schimpft beständig auf das andere Geschlecht, gibt sich für den grimmigsten Weiberhasser aus und macht gerade damit starken Eindruck. Er prahlt damit, wie er sich seine künftige Frau „händig machen will; aber ist er eingekerkert, wird er mehr der größte Pantoffelhäsel. Gefährlicher ist der verheiratete Mann, der geküßt, sein Weib verlobt sich nicht. Der Firtz mit einem Verheirateten mag seinen Reiz haben, wie das Spiel mit dem Feuer, aber man verbrennt sich dabei Mal leicht.“

Gröba.

Vestellungen auf das täglich erscheinende „Mieser Tagblatt“ nimmt jederzeit entgegen Frau Annelie vert. Kiesel, Gröba, Alleestraße 2.

Bereinsnachrichten

Verein für Bewegungsspiele. Freitag, 17. Aug., abends 7,9 Uhr Monatsversammlung in der „Quelle“. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Ruderverein. Sonntag, 19. Aug., nachm. 5 Uhr Gasthof Paulsh gefälliges Beisammensein.

Daums Tanz- und Anstands-Unterricht

Riesa, Hotel Höpfer.
Beginn meines nächsten Tanzkurses Montag, 20. August, für Damen 7 Uhr, Herren 9 Uhr abends im gen. Lokal. Weitere gefl. Anmeldungen werden jederzeit gern bei Herrn Buchdruckermeister Abendroth und Herrn Fleischer Raabe entgegen genommen, wo Liste ausliegt. Prospekte daselbst.
Vorbereitungsvoll E. Daum
Lehrerin für Kunst- und Gesellschaftstanz.
Mitglied d. G. D. L.

Durch weiteren Preisaufschlag seitens der Deuereien sind wir gezwungen, wiederum folgende:

Bierpreise

Leistungsfähiger, sowie andere Waren zu erhöhen:
1 Glas Pilsener hell 80 000 M.
1 Glas Spezial- und Exportbier 90 000 M.
Kaffee usw. 100 000 M.
Weinbrandverschchnitt 50 000 M.
Sekt 75 000 M.

Diese Preise treten ab Freitag, 17. August, in Kraft. Sämtliche Preise sind Mindestpreise.
Gastwirtsverein Riesa u. Ung.

Gold-, Silber-, Platin- Gegenstände und -Ornate
Jahngelbte und einzelne Zähne
Dublet und Luchtblätter - Sinn - Kupfer
Messing - Zink - Blei - Aluminium
kauft täglich
Gmit Anulsch, Schloßstraße 19
(im Laden). - Ausweis mitbringen.

Johanna Grahl
Erich Fiedler
grüßen als Verlobte
Riesa, 16. August 1923.

Zu unserem Gerhard gefellte sich heute ein
munteres Schwesterchen.
Zu dankbarer Freude
Paul Wagner u. Frau Minna geb. Seulig.
Schmalzgrube i. Ergo, 15. 8. 23.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme während der Krankheit und beim Beimgange unserer lieben
Mutter
sagen wir allen nur hierdurch unsern aufrichtigsten Dank.
Riesa, 15. 8. 23.
Paul Kling u. Frau Gertrud geb. Dellig
im Namen aller Hinterbliebenen.

Zentral- Lichtspiel-Theater Gröba.

Heute unüberwunden leichter Tag: Harry Viel in seinem Filmwerk „Atlantide“.
Freitag bis Montag: Der gr. zerteilte Ua-Film

2 Teile, 10 Akte
in einem Programm
„Atlantide“
2 Teile, 10 Akte
in einem Programm

Nach dem berühmten phantastischen Roman.
Atlantide war der größte Bucherfolg der letzten Jahre und beherrschte monatelang in ununterbrochener Folge die größten Lichtspielhäuser der Welt.
Atlantide das zweite indische Grabmal.
Vorführungen: Dienstag 7 und 9 Uhr. Sonntag ab 4 Uhr.
Donnerstag bis
Boranzelge! „Der letzte Kampf“ Harry Viel.
Um gütigen Zuspruch bittet die Besitzerin Anna Bach.

Eröffnung des Kreis-Eisen-Moorbades Liebenwerda.

Nach Übernahme des bisher städtischen Eisenmoorbades durch den Kreis und gründlicher Renovierung, sowie Verbesserung und Ergänzung der technischen Einrichtungen, wurde das Bad nunmehr
am Mittwoch, den 15. August d. J.,

wieder eröffnet und dem Publikum zur Benutzung zur Verfügung gestellt. - Der gesamte Badebetrieb untersteht der Leitung des unterzeichneten Wärters und ist damit in die Hände eines ärztlich geprüften und praktisch erprobten Fachmannes gelangt, sodass allen berechtigten Ansprüchen des zahlenden Publikums Rechnung getragen werden kann.

Es werden folgende Bäder verabreicht:
Abt. Moorbäder: Moorvoll-, Moorhalb- und Moor-Sigbäder, alle Arten Moorheilbäder und Packungen.
Abt. Aurbäder: Richtenadel-, Sool-, Stahl-, Sauerstoff- und Caelebäder, sowie Kohlenäurebäder, durch einen neuzeitlich kombinierten Kohlenäureapparat zubereitet. Das gesamte Wasserwerkverfahren, wie alle Arten Güsse, Sig- u. Halbbäder und Packungen, Raftendampf- und Dampfbäder, Dampf- und Dampfbädern für örtliche Behandlung, Wasser-, Brause- und Pflanzbäder.
Heilverfahren mit Elektrizität, Licht und Massage: Wechselstrombäder, Bierzellenbäder, Einrichtung für Diathermie (elekt. Wärmebehandlung), elektr. Glühlicht- u. Vogenlichtbäder, örtliche Bestrahlung durch Vogenlicht in ultravioletten Strahlen, sowie allgemeine und örtliche Bestrahlung mit der künstlichen Sonnen- sonne nach Erb. Sanitätsrat Bach, elektrische Vibrationsmassage, Massage und Schwedische Massage nach Megeyer-Handbuchs. Verbandapparate zur Nachbehandlung bei Bewegungseinschränkungen und nach Operationen.
Ferner ein kosmetisches Institut mit sämtlichen der Neuzeit entsprechenden Behandlungsmethoden und Apparaten.
Sämtliche Bäder und Behandlungen werden nur durch wohlgeschultes und ärztlich geprüftes Personal verabreicht.

Leistungsfähige erhalten Prospekt gegen Einsendung des dreifachen Briefpostos. - Die Überpreise werden so möglich wie möglich gehalten und durch Anhang im Bad bekanntgegeben. Verleumdung von Preislisten ist wegen der sich fortgesetzt ändernden Wirtschaftslage nicht möglich.
Alles Nähere erfahren Interessenten aus dem Prospekt. Auskunfterteilung über alle sonstigen Fragen durch die Bade-Direktion.
Liebenwerda, den 14. August 1923.
Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses. Die Bade-Direktion.
Wogl, Landrat. Richard Arnold.

Sportplatz Lindenstraße.
Orts-Derby
R.S.V.I. - V.F.B.I.
Sonntag, den 19. 8. 1923.

Älteres
Dienstmädchen
für 1. Sept. gesucht. Anfangsgehalt 1 Million M. Steuern und Kasse frei.
Konditorei Höpfer, Waldheim.

Kirchennachrichten.
Gröba, 9. U. Br. (Denede). Do. ab. 8. U. St. Gröba
Kaufgejuch.
Zehnen, Glasse, Ribber, Schwellen, Drehscheiben, Weichen, Dampf- und Benzol-Lokomotiven, sowie sämtl. Ersatzteile, auch reparaturbedürftig
gegen sofortige Kasse dringend zu kaufen gesucht.
Gerätevereinigung Deutscher Tiefbauunternehmer G. m. b. H., Halle a. S.
Gr. Steinstraße 71 - Fernsprecher 3471
Tel.-Adr. Gerätevereinigung.

Die I. Gröbaer Pferdeschlächterei und Wurstfabrik
zahlt für
Schlacht- und
veranlagte
pro Zentner 9 Millionen Mark.
Für Rotischlachtungen zahlen dieselben Preise.
Fa. Albert Mehlhorn, Gröba
bei Riesa. - Telefon 685.
Freitag u. Sonnabend von 9 Uhr ab
prima Fleisch- und Wurstverkauf.
Fa. Albert Mehlhorn, Pferdeschlacht
Gröba, Alleestr. 10, Tel. 685.

BREMEN

AMERIKA
OSTASIEN
AUSTRALIEN
Regelmäßiger Personen- und Frachtdienst mit eigenen Dampfern, Amerikaner verlässliche Unterbringung u. Verpflegung für Reisende aller Klassen
Reisegepäck-Versicherung
Nähere Auskunft durch
NORDEUTSCHER LLOYD
BREMEN
und seine Vertretungen
in Riesa
Wilhelm Frenzel Nachf.
Niederlagestraße 6

Sportplatz Lindenstraße.
Orts-Derby
R.S.V.I. - V.F.B.I.
Sonntag, den 19. 8. 1923.

Guterh. Kinderküchlein zu verkaufen.
Weibte. H. Ruffenbana
Gebrauchtes
Gerren = Rad
zu kaufen gesucht.
Alfred Waage, Ziechla
a. Elbe, Südr. 1936, 1. I.
Dünger gegen Stroh
hat zu verkaufen
Carl Hofmann,
Gröba, Telefon 670.

Fettwaren
bedeutend billiger!
Margarine
Schmalz
zu bedeutend herabgesetzten Preisen empfiehlt

Postfach
Neuwarbda und Gröba.
Georgplatz 1. Fernruf 720

Kaufe jeden Vosten
Speisefartoffeln
R. Koch, Danzigerstr. 18.
Äpfel, Birnen, Pflaumen
kauft stets jedes Quantum
Friedr. Koch, Hauptstr. 19.
Die heutige Nr. umfasst 8 Seiten.

Eine Magd
17-18 J., welche melken kann, für Gorb. u. Landwirtschaft gesucht. Zu erf. Alleestraße 6, 3. r.

Stellmacher
23 Jhr. sucht auf Aufschwängendbau a. Rastemacher oder als Fabrikstellmacher baldigst Stellung. Entl. auch Werkzeug vorhanden. Angebote zu richten an
Otto Gausche,
Lommahsch. Schützenstr. 25

wirkung und der großen landwirtschaftlichen Organisationen in Verbindung zu treten. Die Vertreter des Reichslandbundes legten dar, daß der Landwirtschaft die Voraussetzungen zur Erfüllung ihrer Aufgaben für die Volksernährung erhalten bleiben müßten. Als Forderung des Augenblicks bezeichneten die Landwirte die Wiederherstellung der Ruhe und Sicherheit auf dem Lande und schilberten, wie in letzter Zeit die Felder geplündert, Vieh geraubt und die Landwirte bei den Erntearbeiten behindert wurden. Gleichzeitig wiesen sie auf die schwere Gefahr hin, die mit Streiks während der Ernte verbunden sind. Der Reichsinnenminister würdigte in vollem Maße diese Schwierigkeiten und bezog sich in betreff der Streitfrage auf die Erklärungen des Reichskanzlers in der vorerzählten Reichstagsagung, in der gegen solche Streiks scharfe Stellung genommen ist und sagte Hilfe des Reiches gegen die Währungsänderungen an, wobei nicht übersehen werden dürfte, daß die Volksernährung die oberste Aufgabe der Länder ist. Die Vertreter des Landbundes machten dann darauf aufmerksam, daß der Landwirt nur einmal im Jahre die Möglichkeit habe, seine Dauererzeugnisse anzulegen und keine Möglichkeit habe, seine Weidewirtschaft auslegen zu lassen. Sodann legte der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft dar, daß durch die neue Goldanleihe sowohl den einzelnen Landwirten als auch den landwirtschaftlichen Genossenschaften Gelegenheit gegeben ist, sich hieran zu beteiligen und ihre Weidewirtschaft auslegen zu lassen. Zusammenfassend betonte der Reichskanzler, daß er wie mit anderen Berufsständen so auch mit der Landwirtschaft die Zusammenarbeit pflegen wolle und stellte unter Zustimmung der Vertreter des Reichslandbundes fest, daß auch die Landwirtschaft tun müsse und tun wolle, was in ihrer Kraft liegt, um durch die letzten Schwierigkeiten hindurchzukommen.

Das französisch-englische Hin und Her.

Der „Daily Mail“ zufolge beabsichtigt Baldwin, im Laufe der Woche nach Nordbrabant zurückzukehren, um dort noch zwei Wochen in Ruhe zu verweilen. Von dort aus wird er sich nach Frankreich zur Erholung begeben, sofern die internationale Lage günstig ist. Man erwartet jedoch mit Bestimmtheit, daß der Premierminister seinen Lauf noch ändert, wenn Frankreich eine frühere Antwort auf die englische Note erläßt. Der „New-York Herald“ glaubt, daß in offiziellen englischen Kreisen die Hoffnung besteht, Woincaré werde einen Ausweg für weitere Besprechungen finden. In Kreisen der Industrie- und Finanzwelt ist man von der Zweckmäßigkeit der Aktion Baldwin überzeugt und man vermutet, daß er tatsächlich Schritte zu einer Sonderantwort an Deutschland unternimmt. Auch wird die Notwendigkeit anerkannt, ein internationales Schlichtungsgremium zur Einigung der deutschen Zahlungsfähigkeit einzuberufen. Der französische Frankfurter fiel auf 82,2. Es wird der Vermutung Ausdruck gegeben, daß er auf 100 fallen wird, wenn Baldwin sich zu der Sonderaktion entschließt.

Das englische Kabinett vor einer Krise?

Der Londoner Korrespondent des „Echo de Paris“ erzählt, daß eine schwere Krise das englische Kabinett bedrohe. Der konservative Kandidat, der in Westminster gewählt wurde, Major Casper, habe seinen Sieg lediglich seiner freizügigen Haltung gegenüber den Franzosen zu verdanken. Der konservative Kandidat in Leeds werde seinen Wähler daselbst das Programm vorgelegen. Die Situation der Außenminister Lord Derby und Lord Salisbury sei aus diesem Grunde unsicher geworden.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Ein deutsch-japanisches Pressebüro. Wie von dem größten japanischen Zeitungskonzern zu einer besonderen Studienreise nach Deutschland entsandte Gruppe Redakteure der Zeitungen „Yokohama“, „Mainichi“ und „Tokio Nichi“ hatten am Montag Vertreter der deutschen Presse in das Hotel Splendide in Berlin geladen, um die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der deutschen und der japanischen Presse zu besprechen. Der japanische Votschafter in Berlin Dr. Hoshi und der Votschafter vom Auswärtigen Amt Dr. Rippling waren erschienen. Von deutscher Seite bemerkte man Direktor Reher von den Siemens-Schuckert-Werken. Als Industrievertreter von japanischer Seite war der Präsident der Tokioer Handelskammer erschienen. Von der deutschen Presse nahmen an den Besprechungen die Chefredakteure von den größten politischen Tageszeitungen und die der beiden Nachrichtenbüros teil.

Dr. Cuno deutscher Votschafter in Washington. Der Berliner Korrespondent der „Valeur Nationalen Zeitung“ will wissen, daß Dr. Cuno zum Nachfolger des deutschen Votschafters Wiedfeld in Washington ausersehen sei. Geheimrat Wiedfeld will bekanntlich wieder seinen Direktorenposten in den Kruppwerken übernehmen.

Ruch bleibt Oberpräsident der Rheinprovinz. Der zum Reichsminister für die besetzten Gebiete ernannte Ober-

Bahards Erben.

Wer hat nicht einmal von Ritter Bahard erzählt, der die Mitte der französischen Ritterschaft unter König Franz I., der dem deutschen Kaiser Karl V. so viel zu schaffen machte, dem „Ritter ohne Furcht und Tadel“?

Auch die heutigen Führer der einst als so ritterlich gerühmten französischen Nation fürchten sich vor nichts, weder vor Menschen, noch vor Gott (höchstens vor dem völlig entwaffneten deutschen Volk) und was Großmächte, wie Italien und England, gegen die französische Außenpolitik etwa einzubringen haben, das ist ihnen erklärtemaßen völlig gleichgültig. Aber sind sie auch, was doch zur rechten Ritterschaft gehört, ohne Tadel?

Ritterlichkeit ehrt auch im Gegner die Menschewürde, kämpft mit anständigen Waffen und niemals bewaffnet gegen Waffenlose; sie sieht in dem abgeworfenen und verwundeten Feinde nicht mehr den Feind, sondern den schonungsbedürftigen Mitmenschen und im Gefangenen einen Schutzbesohlenen.

Aber die Franzosen von heute? Eine „friedliche Expedition“, wenn auch unter kriegerischer Begleitung, einen militärischen Spaziergang, haben sie angekündigt, als sie am 11. Januar ins Ruhrgebiet einrückten — wie aber sehen ihre Taten aus?

Es sing gleich damit an, daß sie in Bochum Gewehre und Maschinengewehre gegen einen Krupp unbewaffneter Deutscher verwendeten, weil diese deutsche Niederlagen; es gab Tote und Verwundete. Und das steigerte sich bis zu dem Blutbad unter Krupps unbewaffneten Arbeitern. Beamte, die nichts taten als ihre Pflicht, werden heute noch von den besondern Trägern angeblicher französischer Ritterlichkeit, den Offizieren, mit der Keilspitze mißhandelt; in Essen sind wiederholt deutsche Polizeibeamte, die es unterlassen, französische Offiziere zu orkanen, von diesen und ihren Soldaten mit Reit-

präsident Dr. Fuchs wird im Einverständnis mit den Regierungen des Reichs und Preussens auch während seiner Ministerstätigkeit sein Amt als Oberpräsident der Rheinprovinz beibehalten.

Der neue Chef des Reichskanzlers. Im heutigen „Reichsanzeiger“ wird das Kabinett Stresemann in seiner vorläufigen Zusammenfassung amtlich bekanntgegeben. Außerdem wird mitgeteilt, daß das Reichskabinett das Amt des Reichstages, Legationsrat Freyberg von Rheinbaben, zum Staatssekretär in der Reichskanzlei ernannt hat.

Im Reichsfinanzministerium fand gestern unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Illmer eine Besprechung der Landesfinanzpräsidenten und der Präsidenten der Abteilungen für Beteiligungs- und Versteuerverfahren über die Durchführung der neuen Steuererlässe statt. Der Minister wies in einer Ansprache auf den Ernst der Lage hin, die rasches, entschlossenes Handeln erfordert. In der Aussprache wurden die einzelnen Steuerbestimmungen nach ihrer finanziellen Seite hin eingehend erörtert und Richtlinien für die gleichmäßige Durchführung festgesetzt. Bei sämtlichen Vertretern der Finanzverwaltung kam der Gedanke zum Ausdruck, daß es trotz aller Schwierigkeiten gelingen müsse, die demnächst fällig werdenden Steuerbeträge noch in diesem Monat in die Finanzkassen zu leiten.

Griechenland.

Statisierung des Lausanne-Vertrages. Die griechische Regierung hat beschlossen, entgegen der Forderung der Oppositionsparteien den Vertrag von Lausanne dem Parlament vorzulegen und ihn durch eine Regierungsvorlage zu ratifizieren.

Bulgarien.

Der Minister zum Tode verurteilt. Wie die Grayer Tagespost mitteilt, sind in Sofia im Prozeß gegen die Minister des Kabinetts Stamboulißki vier Minister zum Tode und zwei zu lebenslänglichem Kerker, die übrigen zu drei bis fünf Monaten Kerker verurteilt worden.

Italien.

Starke abnehmende Arbeitslosigkeit. Nach einer amtlichen Statistik ist die Arbeitslosigkeit in Italien stark im Abnehmen begriffen. Während am 1. Januar 1922 die Zahl der Arbeitslosen noch 541.775 betrug, sank sie im Januar 1923 auf 381.968, am 30. Juni 1923 auf 218.887 und am 31. Juli 1923 auf 213.590. In London allein sind mehr Arbeitslose als in ganz Italien.

Frankreich.

Vor einer neuen Sonntagstreue Woincaré. Am kommenden Sonntag fährt Woincaré nach Charleville, wo er anlässlich einer Denkmalsenthüllung eine Rede halten wird.

Gewaltige Munitionsexplosion in Verdun. Auf der Côte-Vierge ist in einer Ausdehnung von 20 Kilometern ein Schadensfeuer entstanden. Riesige Munitionsbestände sind dabei in die Luft geflogen.

England.

De Valera verhaftet. Aus Dublin wird gemeldet: Der Führer der irischen Rebellen De Valera wurde im Laufe unter dramatischen Umständen verhaftet. Der Irländer wollte seit seiner Flucht zum ersten Male wieder vor den Sinnfeinern sprechen, als durch eine Freikampftrope nach Abgeben einiger Schüsse der Platz umringt wurde und darauf De Valera verhaftet wurde. Seine Anhänger versuchten vergeblich Widerstand zu leisten. De Valera blieb unverletzt.

Russland.

Die russische Unterzeichnung des Meerengenabkommens. Der Sowjet-Bevollmächtigte Jordanoff hat am Mittwoch in Rom das Meerengenabkommen unterzeichnet.

Die verstärkte Abwehrfront.

Was gut unterrichteten Kreisen des Ruhrgebietes wird mitgeteilt: Die Neubildung der Reichsregierung auf der parlamentarischen Grundlage der großen Koalition wird auch im Ruhrgebiete als eine Verstärkung der Abwehrfront

An unsere Postbezieher!

Der unterzeichnete Verlag sieht sich infolge der unaußersam fortwährenden allgemeinen Zensurverengungen, des Postbeschränkungs seines Zeitung für Monat August im Einverständnis mit der Postverwaltung als „freibleibend“ zu bezeichnen. Tritt die Notwendigkeit ein, den Preis zu erhöhen und dies muß geschehen, so werden wir den Unterschiedsbetrag zwischen dem an die Post bezahlten und dem neuen Preis unmittelbar von unseren Belegern Mitte des Monats anfordern. Falls die Nachzahlung abgelehnt wird, sind wir berechtigt, die Lieferung unseres Blattes vom 18. August an einzustellen.

Verlag des Niefer Tageblattes.

angefahrt. Der Gedanke der Kräftevereinigung hat sich hier in parteipolitische Beziehung seit dem französischen Einbruch immer mehr durchgesetzt. Es kann in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß sich die Organisationen der SPD. noch längst in Dortmund im Interesse des für eine Stärkung erforderlichen Widerstandes für ein Kabinett der großen Koalition ausgesprochen haben. Die programmatische Erklärung der Reichsregierung über die zukünftige Lage und die Fortführung des passiven Widerstandes fanden in allen Kreisen der Bevölkerung einmütige Billigung. Infolge der Sperr- und Gewaltmaßnahmen der Franzosen im Ruhrgebiet ist die Lebensmittellage nach wie vor äußerst bedrohlich. Die Bevölkerung erwartet deshalb von der neuen Regierung schnellste tatkräftige Hilfe. Western ist in Wien bekannt geworden, daß die Reichsregierung einen größeren Devisenbetrag zur Sicherung der Fettversorgung im Ruhrgebiet zur Verfügung gestellt habe. Es ist Worsorge getroffen worden, daß große Mengen in den gefährdeten Bezirken sofort zum Verkauf gelangen.

In einer großen Belegschaftsversammlung nahm nach einer Meldung der „Rheinischen Zeitung“ aus Weisenkirchen die Arbeiterschaft der Werke Rhein-Elbe zur Besetzung durch die Franzosen Stellung. Einmütig wurde beschlossen, solange von der Arbeit fern zu bleiben, bis die Franzosen die Besetzung verlassen hätten. Die Franzosen hatten beauftragt die Gaslieferung an die Stadt Weisenkirchen unter der Bedingung ausgesetzt, daß die deutschen Arbeiter unter französischer Leitung arbeiten würden.

Weitere Verlängerung der Versteuervere.

Wie von der Besatzungsbehörde München-Grabbach mitgeteilt wird, ist die Versteuervere zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet bis auf weiteres verlängert worden.

Der kommandierende General des Brückenkopfes Düsseldorf hat infolge des am 4. August verübten Anschlages in Düsseldorf mit Wirkung vom 15. d. M. den Verkehr mit der Straßenbahn, mit Autofahrzeugen und Stadtfahrzeugen bei Tag und Nacht bis auf weiteres verboten.

Erbschaften.

Bei Hohenlimburg wurde der Eisenbahnbeamte Eduard Bräuner beim Ueberstreiten der Ruhr von einem französischen Wosten erschossen. Es wird Schusswunde vermutet. Einige Verlesenen, die sich in Begleitung des Bräuner befanden, wurden festgenommen.

Verkauf beschlagnahmter Farbstoffe.

Nach einer Ankündigung in der Journale Industriell werden die in Deutschland beschlagnahmten Farbstoffe, die in Rebl in Magazinen aufbewahrt seien, jetzt zum Verkauf gebracht. Es handelt sich insgesamt um 7 Tonnen, von denen nur der Teil verkauft werde, der zum Export bestimmt sei. Es seien das Farbstoffe, die auch von französischen Fabriken angefertigt würden. Der Rest der Farbstoffe, die nicht in Frankreich zu haben seien, werde zur Verteidigung von Bekleidungen, die seiner Zeit in Deutschland gemacht, aber nicht ausgeliefert worden seien, benutzt werden.

Die Ruhrbesetzung unpraktisch.

Carlson vertritt im Echo National die Ansicht, daß die Ruhrbesetzung bisher keinen praktischen Erfolg gehabt habe, weil sie in einer Form durchgeführt werde, die die Besetzung vollkommen wertlos mache. Der Eingang der Brennstoffe sei erdärmlich und betrage weniger als 25%, dessen, was Frankreich im Jahre 1922 erhalten habe, also während des Jahres, in dem Woincaré den Ruhrbesetzung für so unzureichend gehalten habe, um die Ruhrbesetzung zu beschließen. Die französischen Ingenieure hätten nicht ausbeuten und kontrollieren können. Was wäre anders gewesen, wenn Frankreich vom ersten Tage an die politische, wirtschaftliche und Währungsbesetzung übernommen hätte. Vor 7 Monaten wäre das leicht gewesen, heute sei es sehr schwierig geworden, aber es bleibe immer noch möglich. Das einzige, was die Franzosen an dem Tage, da sie die Besetzung abschließen würden, nicht dulden werden, sei, daß die Politik Woincarés gleichzeitig zur diplomatischen Forderung und zur Unfruchtbarkeit der französischen Aktion im Ruhrgebiet führe.

Die Bergarbeiterverbände

erleiden, wie aus Düsseldorf gemeldet wird, einen Anruf, in dem die kommunistische Streikbewegung verurteilt wird. Es heißt dann weiter: Die in den letzten Tagen vom Reichstag verabschiedeten Steuererlässe und deren rückwärtslose Durchführung, wonach die Besessenen in erster Linie zur Trägung der Lasten herangezogen werden, sind geeignet, der rapiden Geldentwertung Einhalt zu gebieten und eine Besserung der Ernährungslage herbeizuführen. Den Bemühungen der Gewerkschaften ist es gelungen, die Wertbeständigkeit des Lohns einigermaßen zu sichern. Die wöchentliche Lohnzahlung ist in fast allen Bergwerken durch Vereinbarung gewährleistet; zur Bekämpfung der nötigen Zahlungsmittel werden alle Einkommensarten gemacht. Kameraden, hört nicht auf die falschen Freunde, ihr Weg führt ins Verderben. Folgt nur der Leitung eurer Organisationen. Nur dann wird es gelingen, die schwierigen Verhältnisse zu überwinden und Freiheit und Republik zu sichern.

peltsche und Gewehrholzen zu Tode mißhandelt worden. In der Eisenbahn, in der Straßenbahn, auf den Bahnhöfen werden Reisende mit Peltschenlieben ins Gesicht bedacht, junge Mädchen so gut wie Greise oder rüstige Männer. Wer von auswärts in eine von den Franzosen besetzte Stadt kommt, in der Abzweigungen bestehen, von denen er nichts wissen kann, wird gefangen gesetzt und mißhandelt oder kurze Hand erschossen. Verhaftungen harmloser Strafgefangener ohne erkennbare Ursachen sind an der Tagesordnung; die Frage nach dem Grunde der Verhaftung steht schwerer Mißhandlungen nach sich, und es ist vorgekommen, daß deren unglückliche Opfer vor Schmerzen und Bergweisung aus dem dritten Stockwerk vom Fenster hinaus sprangen. Die vom Mittelalter her berühmte Folter steht bei den heutigen Franzosen an Rhein und Ruhr wieder in voller Blüte. Der in Mainz wegen angeblicher Sabotage gegen eine von den Franzosen betriebene Eisenbahn angeklagte Paul Berger ist von den Franzosen solange gefoltert worden, bis er vor Bergweisung alles zugab; daraufhin wurde er zum Tode verurteilt. Als dies Schandurteil in der ganzen Welt Empörung erregte und auch von außerhalb Deutschlands Einsprüche erfolgten, wurde er zu lebenslänglicher Deportation nach einer der berückeltesten französischen Strafkolonien „begnadigt“ (!). Eben auf ähnliche unritterliche Weise zum Tode verurteilte Deutsche hatten daselbst das Schicksal.

Aber der größte Schandfleck: der Krieg gegen Frauen und Kinder! Daß die angeblich so tapferen Franzosen ihren Mut an deutscher Frauenehre auslassen, ist seit Jahren weltbekannt. Daß Versammlungen deutscher Frauen von schwererkranken französischen Soldaten mit Wassengewalt ausbeutend getrieben werden, das ist eine neue Erscheinung im Ruhrgebiet. Weibliche Beamte, die ihrem Dienst treu bleiben, werden ebensogut ins Militärgefängnis geschleppt, wie ihre männlichen Berufsgenossen. Und die Kinder? In Weisenkirchen räumten die Franzosen während der Winterfalte das Ma-

tenhaus und warfen die Kinder erbarmungslos auf die Straße, ebenso wie sie in Essen das Asyl für Obdachlose auflösten und ganze Abteilungen des städtischen Krankenhauses, auch diejenigen für kranke Kinder beschlagnahmten und die Kranken auswiesen. Die Milch der kleinen Kinder ist ihren Offizieren gerade recht, um sie selber zu trinken oder Kagen und Hunden zu geben. Als 500 solcher armen unterernährten Kinder aus Bochum ins unbefestete Deutschland geschickt werden sollten, hielten die Franzosen den Eisenbahnzug unterwegs an und zwangen die Kinder, zu Fuß in strömendem Regen eineinhalb Stunden weit nach Bochum zurückzugehen. Eben daselbst nahmen die Franzosen 17 Schulkinder, 10 bis 14 Jahre alt, gefangen und prügelten sie tagelang alle Viertelstunden, weil ein deutscher Verräter von deutschen Beamten festgenommen worden war! Einer der unglücklichen Knaben starb, sechs weitere hielten die Franzosen wochenlang verborgen, bis ihre Wunden so weit geheilt waren, daß man sie wieder öffentlich sehen lassen durfte! Ritter Bahard würde sich angeklagt dieses Krieges gegen Frauen und Kinder im Grabe umdrehen!

Kann man sich noch weiter von der Ritterlichkeit entfernen? Die Franzosen können es! Um die vier Millionen Ruhrbewohner zu zwingen, gegen das Wohl ihres Vaterlandes zu handeln (im Krieges ist ein solcher Zwang völkerrechtlich unzulässig), führen die Franzosen jetzt künstlich die Hungersnot herbei. Sie sperren alle Zufuhrwege für Lebensmittel mit Maschinengewehren, sowie den gesamten Verkehr in dem besetzten Ruhrgebiet, und kaufen alle Lebensmittel leer. Männer und Weiber, Kinder und Greise, Schwache und Kranke sollen hungern — hungern, bis sie sich den deutschfeindlichen Forderungen der angeblich so friedfertigen Franzosen voll unterwerfen.

So sehen Ritter Bahards Erben aus!